Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Lebenserfahrungen an der Saar:
Studien zur Alltagskultur 1945-1995 / hrsg.
von Edwin Dillmann und Richard van Dülmen.
- St. Ingbert: Röhrig, 1996
(Saarland Bibliothek; Bd. 12)
ISBN 3-86110-110-6

NE: Dillmann, Edwin [Hrsg]; GT

© 1996 by Röhrig Universitätsverlag
Postfach 1806, D-66368 St. Ingbert

Alle Urheber- und Verlagsrechte vorbehalten!
Dies gilt insbesondere für Vervielfältigung, Mikroverfilmung,
Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

Umschlag: Jürgen Kreher
Titelbild: Werner Richner, Völklingen
Druck: Strauss Offsetdruck GmbH, Mörlenbach
Printed in Germany 1996
ISBN 3-86110-110-6

Wahlen, Parteien und politische Kultur im Saarland der 70er und 80er Jahre - Aspekte eines Umbruchs mit Konstanten

von Dietmar Hüser

„Sie richten sich also im Saarland auf mehr als eine Legislaturperiode ein?" - „In jedem Falle. In einer Legislaturperiode ist das nicht zu machen, was ich vorhabe." (Oskar Lafontaine)[1]

Urnengang an der Saar, 10. März 1985, 18 Uhr. Die Wahllokale schließen die Pforten. 58 Minuten später das erste Ergebnis.[2] Aus Lebach, im Herzen des Landes: 16.155 Wahlberechtigte, Katholikenanteil 92%, Arbeiteranteil 52%, Hochburg der C-Parteien, schon immer. Vor zehn Jahren erzielten die Christdemokraten 62.9% der abgegebenen Stimmen, 1980 reichte es noch für 55.7%. Und nun? 46.7% wird mitgeteilt. Ein weiterer Verlust von 9 Prozentpunkten, während die Sozial- und die Freien Demokraten deutlich zulegen ...

Fakten und Fragen

Das Ergebnis der saarländischen Landtagswahlen im März 1985 war eine bundesrepublikanische Premiere. Nie zuvor hatte es eine Partei geschafft, mit absoluter Mehrheit von den Oppositions- auf die Regierungsbänke durchzustarten.[3] Nach fast vier Jahrzehnten politischer Vormacht der Christlichen Volkspartei (CVP) und Christlich-Demokratischen Union (CDU) an der Saar schickte sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) an, in deren Fußstapfen zu treten. Saarbrückens Oberbürgermeister Oskar Lafontaine sammelte die legendäre Mehrheit links von der Union, entthronte Werner Zeyer und hielt als erster sozialdemokratischer Ministerpräsident Einzug in die Staatskanzlei. Bei den Landtagswahlen im Januar 1990 gelang es seiner Partei sogar, zum dritten Mal nach 1980 und 1985 einen deutlichen Zugewinn auf Kosten der CDU zu verbuchen: ein weiteres bundesrepublikanisches Novum.[4] Zumindest aus dem Blickwinkel der Landeshauptstadt war es nun die SPD-Regierung, die sich „ungebrochener Hegemonie"[5] auf allen Ebenen erfreute und - wie wir inzwischen wissen - die Saar-Bürger an die Jahrtausendwende heranführen wird.
Der Seltensheitswert einer solchen, mittelfristig verfestigten Trendwende in der bundesdeutschen Wahlgeschichte deutet bereits an, daß die Hintergründe

nicht allein konjunktureller, sondern eher struktureller Art sind. Der politische Umbruch wurzelt im Wandel der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Verhältnisse an der Saar seit Mitte der 70er Jahre sowie in dessen mentaler Verarbeitung durch die Saarländer. Doch ging er einher mit profunden Veränderungen der regionalen politischen Kultur?

Region und politische Kultur

Längst sind harsche Kritiken an politischer Kulturforschung ebenso modern wie der Rekurs auf das Konzept selbst. Der berühmte Vergleich mit dem Pudding, den es an die Wand zu nageln gelte,[6] spiegelt genau diese Ambivalenz wider: eine schwammig-schlabberige, aber vorhandene und wichtige Materie, die - wie bei unserer Süßspeise - regelrecht zum Naschen verführt. Auch die angestrengte Methodendiskussion seit Anfang der 80er Jahre[7] hat eher einen Konsens über die Bedeutung kultureller Dimensionen politischen Handelns hervorgebracht als eine Verständigung über Ansätze und Methoden. Im Grunde hat sich der Pudding verflüssigt statt versteift, doch wer kostet nicht gern Vanillesoße?

Für uns sind zwei - im übrigen miteinander verknüpfte - Aspekte wesentlich, welche die neuere politische Kulturforschung angeregt hat in Ergänzung zu den Pionierstudien[8] der 60er Jahre, denen es auf der Grundlage von Umfragedaten damals vor allem um Meinungen, Anschauungen und Überzeugungen nationaler Gesellschaften zu Politik, Demokratie und Regierungssystem ging, um politisches Bewußtsein der Menschen.

Einmal fragt sie über Einstellungen und Werthaltungen hinaus nach alltäglichen politisch-kulturellen Handlungs- und Darstellungsformen, nach Ausdrucks- und Deutungsmustern im Zeitverlauf, nach dem Zusammenhang von praktischer Politik und symbolischer Politik, sei es durch alltagssoziologisch-ethnomethodologische oder durch anthropologisch-kulturhistorische Verfahren.[9] Politische Kultur in diesem umfassenden Verständnis schließt sämtliche Erscheinungsformen sozio- und alltagskultureller Wirklichkeit ein, wie sie im vorliegenden Sammelband thematisiert werden, von der Religions- über die Vereins- bis hin zur Festkultur.[10] Daneben versucht sie, über die nationale Ebene hinaus die Region als relevante Bezugsgröße zu würdigen, und dies weniger als Ergänzung denn als Option mit eigenständigen Erkenntnischancen.[11] Die Ermittlung regionalpolitischer Spezifika anhand verallgemeinerbarer Faktoren kann kulturelle Sinnbezüge offenbaren, die soziale Befunde zu Geschlechts-, Alters-, Berufs- oder Religionsstrukturen erst plausibel machen und mit Leben füllen.[12] Die regionale Untersuchungsebene bietet sich noch am ehesten an, eine Brücke zu schlagen zwischen historisch-gesellschaftlichen Konfliktmustern[13] und sozialmoralischen Milieus[14] als Erklärung politischen Verhaltens.

Es soll im folgenden versucht werden, die „harten" wahl- und parteisoziologischen Daten der 70er und 80er Jahre durch „weiche" Besonderheiten saarländischer politischer Kultur anzureichern, wie sie sich in der neueren Geschichte der Region herausgebildet haben,[15] und danach zu fragen, welche Aussagekraft diese Zusammenschau für die „Wende an der Saar" von einer christ- zu einer sozialdemokratischen Hochburg besitzt. Welche sind letztlich die Elemente, die eine Rolle bei dieser Wachablösung gespielt und eine Konsolidierung der SPD-Dominanz auf hohem Niveau erlaubt haben könnten? Und welche Relevanz besitzen sie wiederum für die politische Kultur an der Saar? Haben sich deren Grundpfeiler ebenso radikal gewandelt wie die Mehrheitsverhältnisse im Land? Oder bedurfte nicht vielmehr ein solch einschneidender Führungswechsel gewisser politisch-kultureller Konstanten, die weiterhin wirksam sind und ein ähnliches Phänomen unter umgekehrten Vorzeichen mittelfristig nicht als blanke Utopie erscheinen lassen?

Wahlentscheidung und politische Kultur - Verändertes Wählerverhalten ...

Auch das Saarland der 80er und 90er Jahre weist gewisse historisch bedingte, wahlsoziologisch relevante Besonderheiten auf, die sich andernorts in dieser Form nicht finden. Bei überwiegend ländlicher Siedlungsstruktur ist es dennoch dichter besiedelt als jedes andere deutsche Flächenland mit Ausnahme Nordrhein-Westfalens.[16] Der Arbeiteranteil an der Erwerbsbevölkerung liegt trotz des massiven Rückgangs in den letzten drei Jahrzehnten weiterhin deutlich über dem Bundesdurchschnitt.[17] Gleichzeitig besitzt das Saarrevier - noch vor Bayern - den höchsten Katholikenanteil aller Bundesländer.[18]

Traditionell war es die konfessionelle Konfliktlinie, die das Wählerverhalten stärker bestimmte als die soziale Frage. Über die politisch-administrativen Einschnitte und nationalen Zuordnungen hinweg besaß das katholische Lager die höchste Integrationskraft.

Im Kaiserreich gelang es der Zentrumspartei, sich als antisozialistische Kraft und Gegenbild protestantisch-preußischer Obrigkeit zu etablieren, die größtenteils katholische Arbeiterschaft an sich zu binden und gegen sozialistische

Einflüsse zu immunisieren. Das wirkungsvolle Ineinandergreifen von unternehmerischem Patriarchalismus, beginnender staatlicher Sozialpolitik, politisch-moralischem Druck und kirchlicher Weltanschauungsdominanz ließ ein Industrieproletariat gar nicht entstehen und die Sozialdemokratie kaum über den Status einer Splitterpartei hinauskommen.
Erst in der Völkerbundszeit entwickelte sie sich zu einer ernstzunehmenden politischen Größe mit lokalen Hochburgen in den industriell geprägten Gebieten mit vergleichsweise starken Protestantenanteilen.[19] Allerdings wurde sie bereits 1928 knapp, dann 1932 deutlich durch die Kommunistische Partei als radikalerer Alternative für die Industriearbeiterschaft überflügelt. Die Linke vermochte es zu keinem Zeitpunkt, die führende Rolle des Zentrums und der sie tragenden Gruppen in Frage zu stellen.

Die Wählerblöcke im Saargebiet bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1919 sowie zum Landrat 1922-1932 in Prozent der gültigen Stimmen[20]

Lager	Sozialistisch	Katholisch	Bürgerlich	Nationalsozialist.
1919	37.0	46.8	15.9	–
1922	23.9	47.7	25.0	–
1924	34.3	42.8	21.1	–
1928	35.6	46.3	17.5	–
1932	36.0	43.2	12.1	6.7

Die Vorherrschaft der christlich orientierten Gruppierungen blieb nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst bestehen, sowohl während der „Franzosenzeit" als auch nach dem „Tag X". Bis 1980 lagen die C-Parteien auf Landesebene vor den Sozialdemokraten, die CDU erzielte nach der Rückgliederung der Saar in die Bundesrepublik ständige Stimmzuwächse, einte in den 60er Jahren das durch die „nationale Frage" gespaltene katholische Lager, erzielte 1975 ihr bestes Ergebnis mit 49.2% und stellte bis 1985 den Ministerpräsidenten. Die SPD verbuchte seit den Landtagswahlen 1960 ebenfalls kontinuierliche Gewinne, entstieg 1965 dem 30%-Turm, übertraf 1972 bei den „Willi-Wahlen" im Bund erstmals überhaupt die CDU-Saar, wiederholte dies 1980 auf Landesebene, baute diesen Vorsprung danach kontinuierlich aus und dominiert seit 1985 - trotz leichter Einbußen 1994[21] - die Politik im kleinsten deutschen Flächenland.

Landtagswahlen an der Saar 1947-1994 in Prozent der abgegebenen Stimmen[22]

Jahr	1947	1952	1955	1960	1965	1970	1975	1980	1985	1990	1994
CVP	51.2	54.7	21.8	–	–	–	–	–	–	–	–
SVP	–	–	–	11.4	–	–	–	–	–	–	–
SVP/CVP	–	–	–	–	5.2	0.9	–	–	–	–	–
CDU	–	–	25.4	36.6	42.7	47.8	49.2	44.0	37.3	33.4	38.6
SPS	32.8	32.4	5.8	–	–	–	–	–	–	–	–
SPD	–	–	14.3	30.0	40.7	40.8	41.8	45.4	49.2	54.4	49.4
KPS	8.4	9.5	6.6	–	–	–	–	–	–	–	–
DDU	–	–	0.9	5.0	3.1	–	–	–	–	–	–
DKP	–	–	–	–	–	2.7	1.0	0.5	0.3	0.1	–
DPS	7.6	–	24.4	13.8	–	–	–	–	–	–	–
FDP/DPS	–	–	–	–	8.3	4.4	–	–	–	–	–
FDP	–	–	–	–	–	–	7.4	6.9	10.0	5.6	2.1
DRP	–	–	–	0.6	–	–	–	–	–	–	–
NPD	–	–	–	–	–	3.4	0.7	–	0.7	0.2	–
REP	–	–	–	–	–	–	–	–	–	3.4	1.4
Grüne	–	–	–	–	–	–	–	2.9	2.5	2.6	5.5

Bis weit in die 70er Jahre hinein hatte es der populäre CDU-Ministerpräsident Franz Josef Röder geschafft, eine mehrheitsfähige gesellschaftliche Koalition aufrechtzuerhalten, die neben dem selbständigen Mittelstand, den aufsteigenden Angestellten und einem Großteil der Freiberufler vor allem die kirchlich gebundene katholische Arbeiterschaft an der Saar umfaßte.[23] Diese Wählerallianz begann mehr und mehr zu bröckeln, um in den 80er Jahren schließlich auseinanderzubrechen.
Die traditionellen Hochburgen der CDU lagen in den ländlich strukturierten, überdurchschnittlich katholisch geprägten Gebieten im Nordsaarland, vor allem in den Landkreisen Merzig-Wadern, Saarlouis und St. Wendel mit respektiven

Katholikenanteilen von 91.7%, 88.9% und 77.7%.[24] Die Schwerpunkte der SPD befanden sich dagegen in den stärker urbanisierten Gegenden mit hohem Industriearbeiter- und geringerem Katholikenanteil, vor allem in den beiden Saarbrücker Kreisen sowie im Kreis Neunkirchen.
Die Landtagswahlen von 1975 kündigten einen vierfachen Trend an. Erstens verzeichneten CDU und SPD überdurchschnittliche Stimmzuwächse gerade in ihren Diasporagebieten, die Hochburgen beider Parteien schliffen sich tendenziell ab. Zweitens drangen die Sozialdemokraten stärker in die christdemokratischen „Wählersanktuarien" als umgekehrt. Drittens bevorzugten die jüngeren Wählergruppen besonders deutlich die SPD. Viertens ließen sich deren Neuwähler vor allem unter der katholischen Arbeiterschaft ländlich-kleinstädtischer Provenienz verorten.[25]
Die Urnengänge der 80er Jahre sollten mit Nachdruck bekräftigen, daß „Genosse Trend" einen Richtungswechsel vorgenommen hatte. Das katholisch-ländliche Sozialmilieu verlor zunehmend an Bedeutung für die Wahlentscheidung saarländischer Arbeitnehmer. Jahrzehntelang war es diese Gruppe gewesen, die zunächst dem Zentrum, dann der CVP bzw. CDU die Vorherrschaft gesichert hatte. Nun wählte sie massiv entlang der sozio-ökonomischen Konfliktlinie „Kapital vs. Arbeit" statt - wie ehedem - entlang der konfessionellen Konfliktlinie „Katholizismus vs. Laizismus". Mit ihrem „linken Flügel" verlor die Saar-CDU an volksparteilichem Charakter, fand sich verwiesen auf den bürgerlichen Mittelstand sowie eine katholische Minderheit mit enger Kirchenbindung[26] und schien zeitweise den - inzwischen abgefederten - Durchmarsch in die dauerhafte Bedeutungslosigkeit anzutreten.[27]
Um Mißverständnissen vorzubeugen: gewisse Nivellierungstendenzen - wie sie sich auf Bundesebene seit den 60er Jahren für sämtliche Faktoren feststellen lassen, die vormals mit der Wahl bestimmter Parteien stark korrelierten - bedeuten nicht völlige Angleichung von Wählerverhalten und Irrelevanz klassischer Konfliktlinien. Dies gilt gerade für den Konfessionsfaktor, selbst im nationalen oder gar internationalen Vergleich.[28] Auch im Saarland wirkt Konfession als Bestimmungsfaktor für Wahlentscheidung, erst recht wenn er mit aktivem Kirchgang statt mit allgemeiner Kirchenbindung identifiziert wird. Die Gegenden, in denen die Christdemokraten fortwährend starke Positionen einnehmen, sind katholisch-ländlich. In Tholey / Kreis St. Wendel beispielsweise, einer Gemeinde mit einem Katholikenanteil von 96%, errang die CDU selbst bei den „Katastrophenwahlen" von 1990 noch 49.2% und lag um fast 16% über dem Landesdurchschnitt, gleichzeitig mußte sie gerade dort immense Verluste hinnehmen, 6.4% gegenüber 1985, 11.9% gegenüber 1980 und 16.7% gegenüber 1975.[29]

Für die Umorientierung breiter Teile der katholischen Arbeitnehmerschaft von den Christ- zu den Sozialdemokraten lassen sich gute Gründe anführen. Gewiß spielte die Schärfe der 1975/76 unverhofft einsetzenden Stahlkrise mit kontinuierlich ansteigenden, nun anderweitig nicht mehr kompensierbaren Arbeitsplatzverlusten eine gewichtige Rolle, daneben die offensichtlich verkrusteten Strukturen der Regierungspartei, die völlig unterschiedlichen Persönlichkeiten der Spitzenkandidaten, die sozialdemokratische Umarmungsstrategie gegenüber den Grünen etc. Auf all dies wird noch zurückzukommen sein. Dennoch erklärt weder die „Große Politik" an der Saar noch der wachsende sozio-ökonomische Druck alles. Es bedurfte darüber hinaus eines mentalen Wandels, der vor solchen Hintergründen die SPD für die saarländische katholische Arbeiternehmerschaft wählbar machte.
Dies galt selbstverständlich auch im Bund. Dort steigerten die Sozialdemokraten ihren Anteil katholischer Wähler bereits 1969 um rund 30% gegenüber 1961 und 1965. Am stärksten fielen Gewinne bei Arbeitnehmern ins Gewicht, und erstmals überrundete die SPD die Union in katholischen Stadtgebieten.[30] Eine - zumindest in den Führungsetagen - seit Godesberg entideologisierte Volkspartei traf auf eine zunehmend säkularisierte westdeutsche „Gesellschaft im Aufbruch" mit modifizierten Werteprioritäten: In den wenigen Jahren zwischen 1968 und 1973 ging die religiöse Praxis unter Katholiken um knapp ein Drittel zurück, in der Altersgruppe der 16-29jährigen um fast die Hälfte.[31] Dennoch etablierte sich die Bundes-SPD nicht dauerhaft auf hohem Niveau im katholischen Milieu. Zwar stabilisierte sie den Zugewinn 1972, 1976 und 1980, fiel allerdings bei der „Wendewahl" 1983 zurück auf den Stand der frühen 60er Jahre.
Gerade zu dem Zeitpunkt, als sich der Bundestrend wieder umzukehren schien, erfolgte im Saarland der endgültige Durchbruch der Sozialdemokratie im katholischen Lager. Und anders als dort glückte neben der Fidelisierung dieser Neuwählergruppe von 1975/80 eine Art Lawineneffekt, der 1990 fast die Hälfte aller Katholiken und rund zwei Drittel der katholischen Arbeiterschaft erfaßte.[32] Nachträglich, aber nachhaltig verrieten die Wahlurnen die „stille Revolution"[33] des Wertewandels: Säkularisierte Verhaltensmuster, pluralisierte Lebenswelten sowie individualisierte Lebensformen, reduzierte Pflicht- und Akzeptanz- sowie expandierende Selbstentfaltungswerte[34] machten auch vor der Saar nicht halt. Die Strukturen, die jahrzehntelang wahlentscheidungsrelevante Konfliktlinien abgestützt hatten, brachen auf, und besonders der wertbezogene Konfessionsfaktor verlor an Bestimmungskraft in der Region.[35]
Gerade die zwischen Sozialdemokratie und Amtskirche strittigen Themen, die Frontstellungen in der Ehe- und Familien-, Erziehungs- und Schulpolitik, lie-

ßen die SPD als „modernere" Partei erscheinen im Vergleich zur wertkonservativen CDU. „Nichts macht den unverrückbaren Gegensatz zu uns deutlicher", wie Franz Josef Röder wenige Wochen vor seinem Tod zurecht betonte, als er die Positionen der damaligen Landtagsvizepräsidentin Rita Waschbüsch in der Abtreibungsfrage vehement unterstützte: „Die Mehrzahl unserer Frauen ist sich ihrer Würde als Frau und Mutter durchaus in dem Sinne bewußt, daß sie die von der Natur bestimmte Hüterin und Wahrerin menschlichen Lebens ist, die durch Jahrtausende hindurch in der Kunst aller Völker zu erhabendsten Darstellungen geführt hat."[36]

Schon 1980 konnte der obligatorische Hirtenbrief des Trierer und Speyerer Bischofs zur Landtagswahl, der vor allem auf den Schutz des ungeborenen Lebens sowie der elterlichen Erziehungsverantwortung gegenüber etatistischer Einmischung abhob, eine Mehrheit katholischer Wahlberechtigter nicht mehr davon abhalten, sozialdemokratisch zu stimmen. Die offenbar in Trierer Kirchenkreisen bis Ende der 80er Jahre ernsthaft diskutierte Frage, „ob denn ein guter Katholik nur CDU wählen solle",[37] bereitete kaum noch jemandem schlaflose Nächte. Die Lafontainesche SPD lag eher im Trend der nun auch an der Saar anschwellenden neuen gesellschaftlichen Strömungen, ihr Umgang damit entsprach zwar - jedenfalls außerhalb des Nauwieser Viertels - nicht unbedingt der Lebenspraxis, zumindest aber den geheimen Wünschen immer breiterer Bevölkerungsgruppen. Die „Toskana-Fraktion" warf ihre Schatten voraus.

... und konstante Wahlbeteiligung

Während das veränderte Wahlverhalten auf den wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und mentalen Wandel in der Region hindeutet, spiegelt die durchweg außerordentliche Partizipationsfreudigkeit der Saarländer am Wahlakt eher Beharrungstendenzen wider, daneben eine augenfällige Binnendifferenzierung des regionalen politisch-kulturellen Selbstverständnisses, die der „Saarbrücken-Zentrismus" häufig verdeckt.

Wahlbeteiligung bei saarländischen Landtagswahlen 1947-1994 in Prozent[38]

Jahr	1947	1952	1955	1960	1965	1970	1975	1980	1985	1990	1994
Bet.	95.7	93.1	90.4	79.1	81.8	83.1	88.8	85.0	85.0	83.2	83.5
Ungül.	9.8	24.5	1.8	6.3	2.6	1.5	1.1	1.1	1.7	1.0	1.3

In keinem anderen Bundesland ist der regelmäßige Gang ins Wahllokal derart selbstverständlich wie an der Saar. Der Trend zu geringeren Wahlbeteiligungsquoten in Bund und Ländern seit Beginn der 80er Jahre findet sich hier nicht in gleichem Maße bestätigt.

Seit 1965 steht das Saarland durchgängig an der Spitze aller Länder, was die Partizipationsrate bei Bundestagswahlen anbelangt. Zwischen 1972 und 1990 warfen durchschnittlich 89.9% der Wahlberechtigten ihren Stimmzettel in die Urne, in Rheinland-Pfalz waren es 88.6%, in Hessen 88.4%, in Niedersachsen 87.8%, in Nordrhein-Westfalen 87.6%, in Schleswig-Holstein 87.1%, in Hamburg 87%, in Bremen 86.1%, in Baden-Württemberg 85.8%, in Bayern 85.1%. Bezeichnenderweise sind die Abstände bei Landtagswahlen in den westdeutschen Flächenländern beträchtlich größer. Im Saarrevier stimmten in den 70er und 80er Jahren durchschnittlich 85% der Wahlberechtigten über ihre Repräsentanten in der Landeshauptstadt ab, in Hessen waren es 82.3% (1970/91), in Rheinland-Pfalz 81.9% (1971/87), in Schleswig-Holstein 80.6% (1971/88), in Niedersachsen 78.2% (1970/90), in Bayern 74.6% (1970/90), in Baden-Württemberg 74.1% (1972/88) und in in Nordrhein-Westfalen 73.7% (1970/90).

Offensichtlich wird an der Saar das Wählen bis heute ernster genommen als im gesamten übrigen Bundesgebiet. Es scheint fast, als habe sich Form und Sinn der Volksabstimmungen von 1935 und 1955 in den Wahlakten der Folgezeit verewigt. Denn fraglos waren die Abstimmungskämpfe zugleich Traumata und Schlüsselereignisse der regionalen Geschichte, die sich tief ins kollektive Gedächtnis eingruben und dauerhaft politisch-kulturelle Spuren hinterließen. Mehr noch als 1935 politisierte, mobilisierte und polarisierte die beidseitig extrem emotional und aggressiv geführte Auseinandersetzung um das Saarstatut im Herbst 1955 die Menschen.[39] Die Trennlinie zwischen Ja- und Nein-Sagern spaltete Politik und Öffentlichkeit in zwei unversöhnliche Lager, verlief quer durch die im Land so bedeutsamen Primärumwelten, durch Betriebe, Vereine, Wohnviertel, Familien etc.

Der Virulenz der Debatten entsprach kurzfristig die Höhe der Wahlbeteiligung von 96.7%, längerfristig der Symbolgehalt des Wahlaktes selbst als eigenverantwortlicher Entscheidung über den territorialen Status bzw. die nationale Zuordnung der Region. Gerade die 1955 genutzte Gunst der zweiten Chance, die - anders als 1935 - künftige moralische Zwangslagen von vornherein ausschloß,[40] sollte dem „Zur-Wahl-Gehen" künftig einen höheren Stellenwert verleihen als andernorts. Angesichts jahrzehntelang verinnerlichter Fremdbestimmungsbilder und Opfersyndrome bedeutete Wählen immer auch, das politische Schicksal

der Saar per Stimmzettel selbst in die Hand zu nehmen, anstatt es noch einmal maßgeblich von außen bestimmen zu lassen.[41]
In diesem Sinne können hohe Wahlbeteiligungen als Ausdruck der Landesakzeptanz in der Bevölkerung auf der einen Seite gelten, des Unmuts über sporadisch wiederkehrende Diskussionen zur Neugliederung der Bundesländer auf der anderen. Damit sind sie nicht zuletzt eine Art Plebiszit zugunsten einer nicht mehr in Frage zu stellenden politisch-administrativen Eigenständigkeit des Saarlandes innerhalb des föderalistischen Systems der Bundesrepublik.
Über die gemittelten Werte hinaus mutet die saarländische „Wahlfrenesie" noch frappierender an, wenn die lokalen Unterschiede ins Blickfeld geraten. Grundsätzlich läßt sich feststellen, daß die Partizipation zunimmt je ländlicher und - von wenigen Ausnahmen abgesehen - je katholischer die Wahlkreise sind, 1975[42] nicht anders als 1990. Bei einer Wahlbeteiligung von landesweit 83.2% lagen damals die fünf Spitzenwerte in Gemeinden des Kreises St. Wendel, nämlich in Oberthal (91.2%), Nonnweiler (91%), Marpingen (90.4%), Nohfelden (90%) und Tholey (89.4%), es folgten Wadern (88.9%), Gersheim (88.3%), Beckingen (87.9%), Eppelborn (87.8%) und Namborn (87.8%).[43]
Wahlsoziologisch determiniert nicht die Ortsgröße als solche Wählerverhalten, sondern gewisse Milieueffekte, die sich vielfach hinter dieser Variable verbergen.[44] Ländliche Wohnstrukturen stehen tendenziell für dichtere Sozialbeziehungen, größeres Gewicht von Primärgruppen und Meinungsführern, häufigeren Hausbesitz, potentiellen landwirtschaftlichen Nebenerwerb, stärkere kirchliche Bindungen, homogenere Verhaltensmuster. Dies trifft für die - vor allem nördlichen - Landgemeinden der Region prinzipiell zu.[45]
Über Generationen in Fleisch und Blut übergegangene Bedürfnisstrukturen und Rollenerwartungen im dörflichen Umfeld[46] wirken fort bis in unsere Tage. Mit der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und mentalen Stabilisierung des einzelnen korrespondiert dessen Einbindung in ein enges Geflecht sozialer Kontakte, das unerschütterliche soziale Verpflichtungen, von der Nachbarschaftshilfe bis zum Eigenheimbau, einschließt sowie unausweichliche soziale Kontrollen, von der politischen Meinungsbildung bis hin zur Ausübung staatsbürgerlicher Pflichten.[47] Die überdurchschnittlich hohe Wahlbeteiligung in den ländlich-katholischen Gegenden deuten jedenfalls darauf hin, daß der Urnengang besonders drastisch als quasi moralisches Gebot wahrgenommen, der soziale Druck als besonders hoch empfunden wird. Nicht ohne Grund tut sich oft gerade dort Wahlprotest nicht durch Enthaltung kund, sondern verstärkt durch die Abgabe ungültiger Stimmzettel: Der Nachbar, Kollege oder Kegelbruder könnte schließlich Einblick in das Wählerverzeichnis haben ...

Parteistrukturen und politische Kultur - Gewandelte Parteiprofile ...

Das Mitgliederprofil der beiden großen Saar-Parteien hat sich in den 70er und 80er Jahren deutlich verändert, sowohl von seiner Sozial- als auch von seiner Altersstruktur her. Die Entwicklung spiegelt weitgehend die Tendenzen wider, wie sie bereits für die Wählerschaft angedeutet wurden.
Die saarländischen Christdemokraten haben ihren ehedem starken Arbeitnehmerflügel in der Tradition der christlichen Gewerkschaften nicht bei der Stange halten können.[48] Der Arbeiteranteil an der Gesamtmitgliedschaft ging von 24.3% im Jahre 1963 zurück auf 18% 1979 bzw. 16.8% 1987, liegt damit allerdings noch beträchtlich höher als bei der Bundespartei. Dem Bundestrend entspricht der Anstieg des Frauenanteils von 12% 1971 auf 21.9% 1977 und 24.5% 1987. Der Prozentsatz evangelischer Mitglieder hat während der letzten drei Jahrzehnte geringfügig zugenommen, von 6.8% 1965 auf 9% 1979 und 9.3% 1987. Was den Altersaufbau angeht, hat sich die CDU-Saar in den 70er Jahren erheblich verjüngt, in den 80er Jahren hingegen wieder veraltert: Der Anteil der über 60jährigen machte 1969 30.5% aus, 1979 20.9% und 1987 24.8%, der unter 40jährigen 1969 24.8%, 1979 30.2% und 1987 22.4%. Das Durchschnittsalter der Parteimitglieder betrug 1987 50.2 Jahre.
Demgegenüber erschien die Saar-SPD als äußerlich unverbrauchte junge Kraft, und dies nicht nur an der Parteispitze. Ende 1985 waren nur 15.6% der Mitglieder älter als 60, aber 40.1% jünger als 41 Jahre. Der Frauenanteil, der noch 1977 mit 19.4% geringer als bei den Christdemokraten war, lag 1987 mit 26.4% über deren Niveau und wuchs weiter an. Das berufsstrukturelle Rückgrat der Partei bildeten 1985 Arbeiter- und Facharbeiter mit 34.1% vor den Angestellten und Beamten mit 31.5%[49] und hatte sich gegenüber 1980 nur unwesentlich gewandelt.[50]
Solche Verschiebungen in der Struktur der Parteimitgliedschaften sind - ähnlich den Umschichtungen im Wählverhalten - Indikatoren politisch-kultureller Wandlungsprozesse. Sie kontrastieren jedoch mit der ungebrochen überdurchschnittlichen Neigung der Saarländer, sich politisch zu organisieren, eine Grundhaltung, die eher für die Unerschütterlichkeit gewisser Erwartungshaltungen an die Parteien steht.

... und beständiges Rollenverständnis

Eine außerordentlich hohe Organisationsbereitschaft der saarländischen Bevölkerung offenbart nicht nur das hiesige Vereins-, sondern auch das Parteiwesen.[51] Wie im übrigen Bundesgebiet hatten CDU und SPD vor allem in den 70er

Jahren bedeutende Mitgliederzuwächse zu verzeichnen. Die Christdemokraten erreichten 1985 ihren Höchststand mit 31.466 Mitgliedern, um nach dem Regierungswechsel bis 1991 unter den Stand von 1974 zurückzufallen. Dagegen erhielten die Sozialdemokraten mit dem Einzug in die Saarbrücker Staatskanzlei einen weiteren - erst seit 1992 wieder leicht rückläufigen - Schub auf über 40.000 Genossen.

Mitgliederzahlen der CDU bzw. SPD auf Landesebene 1970-1993[52]

Jahr	1970	1976	1980	1983	1985	1987	1989	1991	1993
CDU	17.947	30.254	30.846	30.976	31.466	30.014	26.777	25.267	–
SPD	20.446	27.300	30.895	30.184	31.599	35.202	37.346	40.650	38.348

Der Organisationsgrad beider Saar-Parteien lag in den 70er und 80er Jahren deutlich über dem der „Mutterparteien" wie auch über dem der anderen Landesverbände. An der Saar gehörten 1976 rund 3.7% der wahlberechtigten Bürger der CDU an gegenüber 1.6% bundesweit, und selbst 1991 war das Verhältnis noch 2.9% zu 1.3%. Die SPD führte 1977 die sozialdemokratischen Landesverbände mit einer Mitgliederdichte von 3.81% vor Hessen mit 3.77% und Bremen mit 3.24% an, vergrößerte den Abstand 1983 auf 3.6% gegenüber 3.2% bzw. 2.8%, 1985 auf 4.1% gegenüber 3.1% bzw. 2.7%, 1987 auf 4.3% gegenüber 3.0% bzw. 2.6%.[53] Mit 4.8% wies sie 1991 einen mehr als dreimal so hohen Organisationsgrad auf wie die Bundes-SPD.
Unbestritten hat eine solche „Vereins- bzw. Parteimeierei" viel mit geschichtlich begründeter politischer Kultur zu tun: Wechselnde politisch-territoriale Zugehörigkeiten haben den Saarländern über Generationen hinweg ein beträchtliches Maß alltäglicher Flexibilität zwischen öffentlicher Abschottung und privater Öffnung abverlangt.[54] Das blühende Vereinsleben beruht nicht zuletzt auf einer historisch gewachsenen Rückzugsmentalität, in kleinen überschaubaren Gruppen Gemeinschaft und - christliche oder sozialdemokratische - Solidarität, in Sport, Karneval oder Gesang Lebensfreude zu erfahren. Obschon Parteien und Karnevalsvereine - zumindest in Teilen der Region - gewiß ähnliche soziale Funktionen erfüllen, müssen die Erklärungen für die bundesweit einmalige Mitgliederdichte weiter reichen. Es gilt vor allem einen Blick zu werfen auf den spezifischen Umgang mit politischer Macht sowie das eingespielte Saar-Modell, Probleme zu lösen.

Die sprichwörtliche saarländische Abneigung gegenüber der Einhaltung des Dienstweges mag Außenstehenden, die nicht mit strengen Initiationsriten und verdeckten Kommunikationsstrukturen vertraut sind, zunächst als schwindelerregender Nepotismus[55] erscheinen. Angesichts alternierender Loyalitätsmuster war sie lange Zeit Ausdruck einer durch die Enge des Saarraumes begünstigten Überlebensstrategie, galt es doch sich politisch zu arrangieren und persönlich „durchzuwurschteln". Auf die Effizienz und Verläßlichkeit der vielzitierten „kurzen Wege" über Freunde und Verwandte, Kollegen und Bekannte will gegenwärtig niemand verzichten. Das Netzwerk von „Verwandten in pragmatischer Absicht"[56] hat sich als regionaler Vergesellschaftungsmodus etabliert. Doch schafft solcherart Problem- und Konfliktlösung einen zunehmenden Bedarf an Ansprechpartnern in strategischen Positionen, die vorwiegend parteipolitischer „Verfügungsmasse" zuzuzählen sind.
Folglich werden CDU und SPD an der Saar mehr als anderswo in ihrer Funktion als Patronageparteien wahrgenommen, die Mitglieder - seien sie nun Polit-Karrieristen oder Lokal-Honoratioren, öffentliche Bedienstete oder Freiberufler, haupt- oder nebenamtliche Interessenvertreter - auf gewisse persönliche Vorteile hoffen lassen. Der seit einigen Jahren bundesweit beobachtete - und inkriminierte - Trend zur „Parteibuchdemokratie"[57] entsprach hier bereits zuvor einer quasi naturgegebenen Rollenerwartung, und dies von der Nachfrage- wie von der Angebotsseite her. Die Lebenswünsche der Menschen hatten sich seit den 70er Jahren erheblich modifiziert und den Saarbrücker Machtwechsel erst ermöglicht, die Erwartungshaltungen gegenüber politischen Parteien blieben dagegen weitgehend gleich.
Unter Druck gerät ein solches Politikverständnis, das gegebenenfalls persönliche Beziehungen über Landes- und Parteibelange stellt, wenn die an sich als Ausdruck von Bürgernähe positiv besetzten „kurzen Wege" aufgrund begrenzterer Verteilungsspielräume immer länger werden oder gar in Sackgassen münden. Denn dort, wo zunehmende Problemkomplexität und Sparzwänge die Handlungschancen von Politik einengen, wird Bürgernähe rasch ins Negative verkehrt und als „Kumpanei der da oben" erfahren.[58] Das Hervortreten meinungsklimatischer Umschwünge dauert an der Saar seine Zeit, deren Implementierung vollzieht sich umso radikaler. Die Christdemokraten bekamen dies bereits schmerzlich zu spüren, den Sozialdemokraten, die damals vom Fegefeuer in den Siebten Himmel entschwanden, wird dies auf Dauer ebensowenig erspart bleiben.
Der Umgang mit - faktischer oder potentieller - politischer Macht scheint an der Saar allemal ein besonderer zu sein, vor allem ein besonders pragmatischer. Der Saarländer ist eben „ein Grenzgänger, und der Grenzgänger überlebt nicht durch

die Verteidigung von absoluten Ansprüchen, sondern durch seine gesunde Opportunität."[59] Seitdem Meinungsforschungsinstitute Anfang 1985 eine sozialdemokratische Regierungsübernahme als durchaus im Bereich des Möglichen signalisierten,[60] verzeichnete die Parteizentrale bereits einen Zustrom neuer Genossen. Nach dem Wahlsieg im März mündete er in eine sechsjährige Beitrittswelle, die dem Trend zum Mitgliederrückgang der Volksparteien im Bund und fast allen Ländern gänzlich zuwiderlief. Geradezu verblüffend war in den Tagen nach der „Wende" die Briefflut an Neu-Parlamentarier und Ministerkandidaten mit Anfragen nach Beschäftigungsmöglichkeiten.[61] Dabei mochte - wie überall - Anbiederung eine Rolle spielen, wichtiger aber waren ein als Normalität empfundenes saarländisches Politikverständnis sowie eine gewisse gouvernementale Grundhaltung im Land.

Parteienstreit und politische Kultur - Modifizierte zwischenparteiliche Streitkultur ...

Ungeachtet bundespolitischer Polarisierung und tagespolitischer Differenzen an der Saar blieb das persönliche Verhältnis zwischen den Parteispitzen von CDU, SPD und FDP/DPS bis in die 70er Jahre hinein geprägt von einem Höchstmaß wechselseitiger Wertschätzung. Die strikte Abkoppelung sachlicher Kontroversen von den involvierten Personen war ungeschriebenes Gesetz. Kontaktpflege jenseits der Parteigräben wurde großgeschrieben, „Duzfreundschaften" der gerade 50 bzw. 51 Landesparlamentarier untereinander wie mit den Ministern bildeten eher die Regel als die Ausnahme.[62]
Die Erfahrungen des Abstimmungskampfes von 1955 spielten eine gewichtige Rolle, und dies in zweifacher Weise. Einerseits ließ das gemeinsame Ringen um die „bundesdeutsche Lösung" innerhalb der Heimatbund-Koalition parteiübergreifend gefühlsmäßige Bindungen entstehen, die dauerhaft weiterwirken sollten. Andererseits verlagerten die leidenschaftlichen Auseinandersetzungen um das Saarstatut sowie die regional langlebige national-europäische Konfliktlinie den eigentlichen Polit-Zündstoff für geraume Zeit von der zwischen- auf die innerparteiliche Ebene.[63] Hinzu kam damals eine „latente Arbeitsteilung" der beiden großen Saarparteien: Während die Rödersche CDU ihren Führungsanspruch im Land für mehr als natürlich hielt, schien sich die Conradsche SPD bequem in der Oppositionsrolle eingerichtet zu haben.
Es war einer neuen Generation sozialdemokratischer Politiker vorbehalten, die parteipolitischen Debatten seit den frühen 70er Jahren zu beleben und offen

thematisierten Dissens als Grundelement demokratischer Prozesse stärker ins Bewußtsein zu rücken. Friedel Läpple, Jahrgang 1938, und Oskar Lafontaine, Jahrgang 1943, zogen im Juni 1970 erstmals in den Landtag ein. Läpple überließ wenige Monate später Reinhard Klimmt, Jahrgang 1942, die hiesigen Jungsozialisten und löste Kurt Conrad als Landes-, im Januar 1973 als Fraktionsvorsitzenden ab; Lafontaine wurde 1974 Bürger-, 1976 Oberbürgermeister in Saarbrücken und beerbte schließlich Läpple 1977 beim Landesvorsitz, den er bis 1996 innehatte. Weitere junge Sozialdemokraten verdienten sich - nicht zuletzt in „Diasporakreisen" - erste Sporen, z.B. Hans Kasper, Jahrgang 1939, im Raum Merzig, Armin Lang, Jahrgang 1947, im Raum St. Wendel, Dieter Gruschke, Jahrgang 1939, oder Leo Petry, Jahrgang 1948, im Raum Saarlouis. Diese neue, gewiß bundesrepublikanisch nicht weniger als saarspezifisch sozialisierte Generation ebnete den Weg für eine zunächst zarte, dann markantere zwischenparteiliche Konfliktkultur.
Die regierende Union tat sich allerdings einstweilen schwer mit der zeitversetzten Normalisierung parteipolitischer Streitaustragung und war fix bei der Hand mit Kassandrarufen zum vorgeblichen Verfall der regionalpolitischen Kultur, die doch den Christdemokraten jahrzehntelang ein Regierungsabonnement beschert hatte. Der über Parteigrenzen hinweg pflegliche Umgang miteinander wich jedenfalls einer stärkeren Polarisierung und Personalisierung, und die Geplänkel im Vorfeld der 1980er bzw. 1985er Landtagswahlkämpfe legten beredt Zeugnis davon ab.[64]

... und gleichbleibendes Harmonisierungsideal

Solche neueren Entwicklungen sollten nicht verdecken, daß die saarländische Gesellschaft sich weiterhin durch ein tief verankertes Harmoniebedürfnis auszeichnet, im Familien- und Freundschaftskreis nicht anders als im politischen Selbstverständnis. Von einer hervorstechenden Streit- und Protestkultur kann an der Saar bis heute keine Rede sein.
Schon für die alte Bundesrepublik wurde die weitverbreitete Einschätzung, Politik habe nicht Streit auszutragen, sondern zu vermeiden, immer wieder als wesentliches Element, wenn nicht als wesentliche Schwäche der politischen Kultur hervorgehoben. Einigkeit und Geschlossenheit galten 1977 mehr als vier Fünfteln der Bundesbürger als das Wichtigste für eine Partei überhaupt.[65] Aufgrund historischer Erfahrungen gehörte Ambiguitätstoleranz, das Aushalten von Widersprüchen zwecks rationaler Kompromißfindung, gewiß nicht zu den

markantesten politisch-kulturellen Traditionsbeständen im Saarrevier: Sowohl sozio-ökonomische - die ungewohnte industrielle Arbeit ländlich geprägter Zuwanderer aus der näheren Umgebung - als auch politische - das „Bäumchen-wechsle-dich-Spiel" territorialer Zugehörigkeit - Problemlagen förderten eher das prinzipielle Bedürfnis nach Geborgenheit, Harmonie und Homogenisierung. In den 50er Jahren machte die „Schlacht um das Saarstatut" innerparteiliche Geschlossenheit tagespolitisch zunächst zur blanken Utopie, freilich verstärkte gerade dies den „Drang nach Synthese"[66].

Der schwelende Streit um die Röder-Nachfolge, der die Christdemokraten seit Ende der 60er Jahre ein ums andere Mal vor Zerreißproben stellte,[67] war dem Ansehen der Partei wohl ebensowenig zuträglich wie der peinlich fehlgeschlagene erste Versuch Werner Zeyers, sich am 21. Mai 1980 zum Ministerpräsidenten wählen zu lassen. Der angeschlagenen CDU, nach über 20 Regierungsjahren verschlissen, verknöchert und verkungelt,[68] stand längst eine junge, offensiv und geschlossen auftretende SPD gegenüber, die sich noch dazu „statt APO lieber Bürgernähe"[69] auf die Fahnen schrieb.

Ein Faible für die „Harmonisierung nichtausgetragener Widersprüche"[70] bestimmt offenbar auch das Rollenverständnis politischer Opposition im Land. Es werden nicht etwa Regierungskontrolle und -kritik als vorrangig betrachtet, sondern konstruktive Mitarbeit und Unterstützung bei der Lösung der Landesprobleme im Interesse aller.[71] Die oppositionellen Profilierungsmöglichkeiten sind dementsprechend eng, Drahtseilakte zwischen notwendiger Abgrenzung und kapriziöser Fundamentalkritik. Ähnlich wie meinungsklimatische Umschwünge, in deren unmittelbarer Folge jegliche Oppositionsarbeit - unabhängig von ihrer Qualität - kaum (wahl-)politisch honoriert werden dürfte, vollziehen sich Regierungswechsel an der Saar in langen Zyklen.

Regieren und verwalten, Entscheidungen treffen und umsetzen, scheint hierzulande vergleichsweise einfach. Tatsächlich überrascht die Selbstverständlichkeit, um nicht zu sagen: der Fatalismus, Regierungsbeschlüsse und -maßnahmen - wie rätsel- oder schmerzhaft sie im Einzelfall sein mögen - als gegeben hinzunehmen. Wer einmal gewählt ist, der hat auch das Sagen! Dies hat im weitesten Sinne mit Harmonisierungsbedarf und Konfliktscheu zu tun, genauer mit dem Fehlen einer breiten, politisch interessierten, wirklich kritischen Öffentlichkeit, die über die wenigen Hofnarren hinausreichen, die sich der Fürst eher zur eigenen Belustigung hält.

Die Anerkennung des Staates als nicht kritisch zu hinterfragende Macht war nie diskussionswürdig. Das klassische deutsche Verständnis vom allzeit überparteilichen Staat, der für das Gute, das Ganze, das Gemeinwohl zu sorgen habe, fand

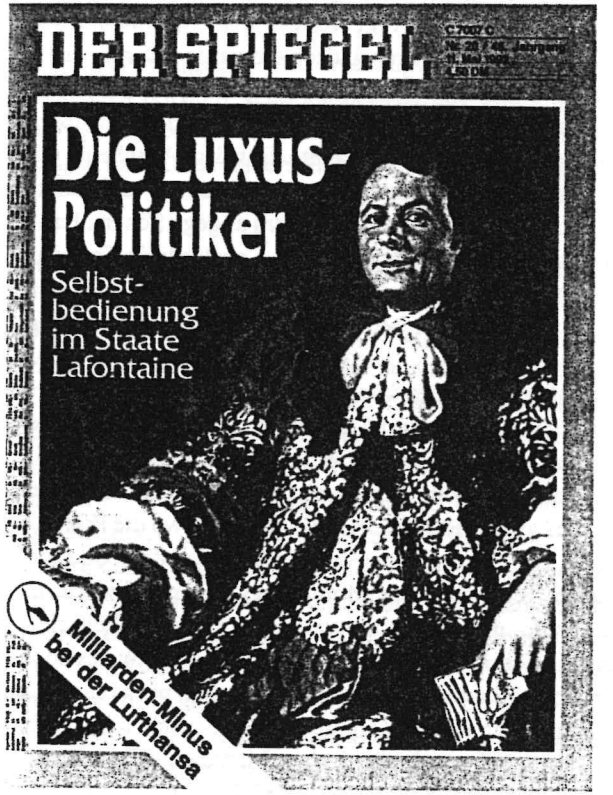

Abb. 8: Politische Kultur und politischer Kungel: Selbstbedienung im Staate Lafontaine? (Der Spiegel, 11. Mai 1992).

sich im Saarrevier angereichert durch die lang empfundene Ohnmacht des einzelnen, die politischen Verhältnisse in der Grenzregion mit- geschweige denn umzugestalten. Jegliche „unbotmäßige" Einmischung in die Befugnisse staatlicher Sachverwalter galt damit nicht nur als partikularistischer Störungsversuch,[72] sondern nagte am - durchaus gepflegten - Selbstbild einer resignativen Opfergemeinschaft der Kleinen angesichts unbeeinflußbarer Geschehnisse der „Großen Politik". Auch werden Reformmaßnahmen selten „von unten" angestoßen, sondern eher „von oben" auf den Weg gebracht, und selbst dann nur ausnahmsweise „von unten" kritisch begleitet.

Für gouvernementale Mentalität und spärliche Protestkultur läßt sich bis zuletzt eine ganze Beispielreihe sammeln, vom „Maulkorb-Erlaß" für die Saar-Presse über die „Rotlicht-Affäre" bis hin zur „Selbstbedienung im Staate Lafontaine"[73].

Gerade die rasch abflauende öffentliche Empörung über das schönste Versorgungsparadies für pensionierte Minister und Abgeordnete im kleinsten Flächenland der Republik, im übrigen Ausdruck christlich-sozialdemokratischen Parteienklüngels der frühen 70er Jahre zum Wohle aller (Spitzenpolitiker), verblüffte Außenstehende: Diäten- und Ruhestandsbezüge waren schließlich überaus stammtischrelevante Diskussionsthemen. Es hatte fast den Anschein, als aktiviere die „vom Reich aus initiierte Schmutzkampagne" einen regionalen Schutzschirm und löse eine Solidarisierungswelle mit dem angegriffenen „Landesvater" aus. Abgesehen von Teilen Bayerns wirkt die Konfliktlinie Zentrale vs. Peripherie in keinem der alten Bundesländer ähnlich stark nach wie an der Saar,[74] und nirgends läßt sie sich ähnlich bequem von politischer Seite her instrumentalisieren.

Mit solchen politisch-kulturellen Elementen hängt es auch zusammen, daß der radikale Umbau eines Reviers von Kohle und Stahl in eine Region mit Kohle und Stahl,[75] den die Saar zunächst in den frühen 60er Jahren, dann vor allem seit 1975/76 erlebte und erlebt, das Prädikat „Strukturwandel mit menschlichem Antlitz" mehr als verdient. Dies gilt selbst im Verhältnis zur Ruhr, wo die Protestströme eine andere Quantität, die Protestformen teilweise eine andere Qualität aufwiesen. Dies gilt erst recht verglichen mit Montanregionen in Ländern, in denen konfliktträchtigere Streik- und Protestkulturen den Zweiten Weltkrieg überlebt hatten: in Lothringen oder im Nord-Pas-de-Calais, in South-Wales oder in South-Yorkshire führten Absatzflauten und Entlassungswellen bis weit in die 80er Jahre hinein regelmäßig zu bürgerkriegsähnlichen Straßenschlachten mit den Ordnungskräften.[76] Demgegenüber nahm sich der „Marsch auf Bonn" von rund 10.000 Saarländern, die Ende September 1983 in 82 Bussen von Völklingen zur Großkundgebung der IG Metall kutschierten,[77] fast schon als Happening bei Lyoner und 'Zwickel' aus.

Modernisierungsprozesse sind an der Saar vergleichsweise leichter zu bewältigen als anderswo. Vor allem lassen sich die sozialen Kosten der „Risikogesellschaft"[78] besser in den Griff bekommen. Weiterhin relativ funktionstüchtige Auffangkulturen und interpersonelle Sicherungssysteme helfen, die psychischen Probleme von Arbeitsplatz- und Statusverlust schon im privaten Bereich ansatzweise abzufedern. Unter finanziellen Gesichtspunkten stand das völlige Abdriften ins soziale Abseits für Bergbau- und Stahlarbeiter bzw. deren Familien ohnehin kaum zur Debatte. Gewerkschaftsmacht und Montanmitbestimmung, der Blick nach Bonn, wo die Bundesregierung auch heute noch die saarländische Entscheidung für Deutschland 1955 gefälligst mit Lob und Geld zu honorieren habe, erlaubten letztlich großzügige Sozialpläne, die den

Betroffenen den Übergang in andere Branchen oder in den (Vor-)Ruhestand erleichterten. Es bedurfte gar keiner extremen Militanz der Beschäftigten, um eine höchstmögliche Sozialverträglichkeit des Strukturwandels zu gewährleisten, es reichten Massenmobilisierung und - wie 1983 - das Sammeln von landesweit 160.000 Unterschriften. Eine niedrigere Latte gewaltbereiten Protests verlangt eine andere Gesellschaftsstruktur und eine andere Protestkultur.

Politische Praxis und politische Kultur - Erneuerte Politikansätze in Krisenzeiten ...

Das wirklich Neue praktischer Saarpolitik nach dem Regierungswechsel im März 1985 war der sozialdemokratische Ansatz, das Revier nicht nur zu einer Region mit Kohle und Stahl umzuwandeln, sondern darüber hinaus zu einer Region mit Stahl und Stil. Die nordrhein-westfälische SPD hatte dies bereits seit Mitte der 60er Jahre im Ruhrgebiet vorexerziert bzw. - mit neuem Elan und Initiativen von unten[79] - seit Anfang der 80er Jahre.

Die Krise von Schwerindustrie und Arbeitswelt an der Ruhr sollte weniger als Zwang denn als Chance begriffen und vermittelt werden, als Chance für möglicherweise mehr Arbeits-Humanität, mehr Bildungschancen, mehr Wohlstand, mehr Freizeit, mehr Kultur, mehr „blauen Himmel", eben für mehr Lebensqualität.[80] Ziel war die Koppelung wirtschaftlich-technologischer Umstrukturierung mit einer breit angelegten „Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik"[81]. Es galt auf eine „Kultur des Alltags von allen für alle" zu setzen, auf Kommunikationsträger, die den Sinn sozialer Wirklichkeiten und sozialen Handelns zu veranschaulichen vermochten, sei es in der Wirtschaftsförderungs-, Beschäftigungs- oder Stadtentwicklungspolitik, sei es in der Sozial-, Jugend- oder Freizeitpolitik. Es galt Orientierungslücken, die den Strukturwandel zwangsläufig begleiteten, mit regionalen Identifikationsangeboten fernab des Schmuddelkind-Bildes der Ruhr aufzufüllen. Es galt „Wir-Gefühl" und „geglaubte Gemeinsamkeit" zu fördern bzw. begrifflich zu besetzen und damit letzten Endes die Sozialdemokratisierung der Region mittelfristig zu sichern.

Das „Modell NRW" war für die Saar lukrativ. Einerseits kannte das Lafontaine-Team die engen Spielräume des Landes zwischen denkbaren Bonner Finanzspritzen und sicheren Brüsseler Subventionsvorgaben. Und es wußte sehr wohl, daß sich der Umbau der krisengeschüttelten Montan-Arbeitsgesellschaft über mehr als eine Legislaturperiode hinziehen würde: Vorsichtshalber wurde der designierte Regierungschef während des Wahlkampfes wie auch nach dem Wahlsieg nicht müde zu betonen, er könne nicht ausschließen, daß bei Arbed künftig

noch weitere Arbeiter eingespart werden müssen.[82] Für die neue Landesregierung war kurzfristige Profilierung in diesem Sektor - etwa durch spektakuläre industrielle Neuansiedlungen oder gar durch eine spürbare Senkung der Erwerbslosenquote - ein schwieriges Unterfangen.
Andererseits wird an der Saar politische Effektivität besonders stark mit ökonomischer Effizienz gleichgesetzt.[83] Die weitreichende Befürwortung des Wirtschaftsanschlusses an Frankreich 1947 wie auch der mehrheitliche Wille zur Rückgliederung in die Bundesrepublik 1955 lagen nicht zuletzt in den damals meinungsprägenden wirtschaftlichen Stimmungen begründet.[84] Und ausgerechnet ein den Sozialdemokraten zugeschriebener Kompetenzvorsprung bei der Sicherung alter bzw. Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie bei der Lösung der Montanmisere[85] hatte nicht unwesentlich zum Wahltriumph beigetragen.
Gleichzeitig aber war sich die neue Regierungsmannschaft völlig im Klaren über die elementare Bedeutung symbolischer Politik gegenüber praktisch möglicher bzw. tatsächlich vollzogener Politik.[86] Es bot sich förmlich an, verstärkt auf das „Sozio-kulturelle" zu setzen, um die wirtschaftspolitischen Erwartungshaltungen der Menschen auf ein realistisches Maß zu stutzen. Vielleicht ließen sie sich kanalisieren in einem selbstbewußt daherkommenden „Wir-Gefühl", das jedem eine ganze Palette etwaiger Identifikationshäppchen zu offerieren hatte, vom bodenständigen Bexbacher Kleinbürger Gerd Dudenhöffer alias Heinz Becker bis hin zum frankophilen Saarbrücker Lebenskünstler Jochen Senf alias Salü Palü, von der Imagewerbung für ein Wirtschaftseldorado mit Zukunft in überregionalen Presseorganen bis hin zur alltagsrelevanten „saarvoir vivre"-Promotion. Das ständige Reden über gutes Essen und regionale Spezialitäten erscheint dabei weniger als Kompensationsmechanismus für Minderwertigkeitskomplexe und Konfliktunterdrückung,[87] sondern - im übertragenen Sinne - als Ausdruck offensiv-selbstsicherer Standortpolitik. „Leben wie Gott an der Saar" kennzeichnet den Übergang von der Arbeits- in die Dienstleistungsgesellschaft, von Klassen und Schichten zu sozialen Lagen und lebensstilorientierten bzw. alltagsästhetisierten Milieus.[88] Es steht für ein lebensbejahendes Politikmodell, das die - teilweise geheimen - Wünsche der Zwei-Drittel-Gesellschaft befriedigt: Oskar fährt in die Toskana, und kommt nicht die Bezeichnung „Genosse" von „genießen"?
Eine „neue Intimität zwischen Kultur und Politik"[89] hatte sich nicht unbedingt in außerordentlichen Erhöhungen der jährlichen Kulturbudgets niederzuschlagen. Gefragt war vielmehr eine weitgestreute „Kultur- als Gesellschaftspolitik" mit starkem Symbolgehalt. Gefragt war - was Kultur im engeren Sinne anbelangt - Fingerspitzengefühl beim Aufgreifen und Vermarkten vielzähliger existenter (Basis-)Initiativen wie die Perspectives oder das Ophüls-Festival, beim Anregen und

Inszenieren neuer „kultureller Leuchttürme, die nicht nur Saarländerinnen und Saarländer in ihren Bann ziehen" und „das Saarland als Kulturland immer attraktiver" werden lassen.[90] Gefragt war das „Sich-Präsentieren" bei öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen und das Präsentieren relevanter Kulturschaffender. Gefragt war allerdings auch weiterhin die Übernahme von Schirmherrschaften im Kleinen, das A und O volkstümlicher Polit-Popularität an der Saar.
Die Konsolidierung sozialdemokratischer Vormacht im Land seit 1985 läßt sich jedenfalls mit Wirtschaftsbilanzen allein nicht erklären. Fraglos schätzt die saarländische Öffentlichkeit die aktuelle und zukünftige ökonomische Situation positiver ein als noch vor zehn Jahren.[91] Dennoch stehen einem - durchaus nicht ungerechtfertigten[92] - Diskurs über sozialverträgliche Umstrukturierung und qualitatives Wachstum, über verbesserte Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit, über bahnbrechende Forschungs- und Technologiepolitik im standortbevorteilten Grenzland[93] eine immer noch mehr als bedenkliche Haushaltslage sowie ein hoher Sockel struktureller Arbeitslosigkeit gegenüber.[94] Die Montanlasten sind wirtschaftlich längst nicht abgetragen, wohl aber gesellschaftlich-kulturell überformt und aufgefangen durch positiv besetzte, milieuübergreifende Identitätsnetze, durch eine Rückkehr zum Regionalismus im Zuge von Europäisierung und Mondialisierung. Ähnlich wie die IBA Emscher-Park als „Werkstatt für die Zukunft alter Industrieregionen"[95] im nördlichen Ruhrgebiet kann die Alte Völklinger Hütte als Weltkulturerbe der UNESCO für die Saar in dieser Hinsicht Symbolcharakter gewinnen.
Solche Neuansätze politischen Selbstverständnisses und Selbstbewußtseins sind in den 80er Jahren untrennbar mit der Figur Oskar Lafontaine verbunden gewesen. Seine - selbst in Oppositionskreisen kaum bestrittene - Ausstrahlung bildete ein wesentliches Erklärungsmoment für die „Konvertierung" des Reviers zu einer sozialdemokratischen Domäne. Andererseits spiegelte sein Erfolg nicht nur den Wandel regionaler politischer Kultur wider, sondern auch deren Konstanten. Seine Persönlichkeit bündelte förmlich die ganze Ambivalenz, die das Grenzland zwischen Tradition und Moderne auf allen Ebenen kennzeichnet.

... und fortwährende Anforderungen an Spitzenpolitiker

Die „kurzen Wege" an der Saar, versinnbildlicht durch die Inexistenz von Regierungsbezirken als administrativen Zwischeninstanzen, haben ein hohes Maß an Personalisierung des politischen Lebens zur Folge, und dies auf allen Ebenen bis hin zur höchsten. Zusätzlich verstärkt wird das Persönlichkeits-

Abb. 9: Wahlkampf 1979/80: Ministerpräsident Zeyer - Schafft er's oder schafft's ihn? (z.B: Saar, Oktober 1979).

Abb. 10: Herausforderer Lafontaine - Der Kleine mit den großen Aussichten? (z.B: Saar, November 1979).

element durch die spezifische „cross pressure"-Situation[96] überdurchschnittlicher Katholiken- und Industriearbeiteranteile in der Bevölkerung: Erfahrungsgemäß orientieren sich Wähler in Regionen, wo sich klassische Konfliktmuster überkreuzen, besonders stark an Attraktivität und Überzeugungskraft der Spitzenkandidaten. Für das Saarland scheint ein solcher Zusammenhang alles andere als abwegig.[97] Anwärter für den Einzug in die Staatskanzlei werden zu Deutungsmustern komplexer politischer, gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und vor allem mentaler Tatbestände und Anforderungen.[98]

Ein saarländischer Ministerpräsident ist nie schlicht und einfach Landeschef, er ist - vom eigenen Selbstverständnis her wie auch von dem der Bevölkerung - zumindest „Landesvater", wenn nicht „Landesfürst". Er ist nicht zuletzt Ausdruck einer Vorliebe für populistisch angehauchte Patriarchen,[99] für bonapartistisch inspirierte Führungspersönlichkeiten, die Autorität im Regieren und Entscheiden an den Tag legen, gleichzeitig über einen direkten Draht zum Bürger und Wähler verfügen.[100]

Für Franz Josef Röder galt dies gewiß. Sein altväterlich-patriarchalischer Führungsstil, seine Regierungs- und Festzelterprobtheit, kamen im Land gut an, und die Röderschen Sympathiewerte lagen bis zuletzt über denen seiner Partei. Von seinem Habitus her in vielem an den späten Adenauer erinnernd, sah er weit und breit niemanden als geeigneten Nachfolger außer sich selbst. Mit landesweiter Popularität und parteiinterner Autorität hielt er die so einflußreichen christdemokratischen „Kreis-, Vereins- und Verbandsfürsten"[101] auf Distanz, die sich allerdings nach seinem Rücktritt umso mächtiger zurückmelden sollten.

Werner Zeyer trat 1979 ein schweres Erbe an. Der Wind blies ihm - konjunkturell wie strukturell - heftig ins Gesicht. Er war nicht der Mann, der die heterogene, am linken Rand abbröckelnde CDU-Wählerschaft bei der Stange zu halten vermochte: eher beharrlich als führungsstark, eher bieder als charismatisch, eher fleißig als kreativ, eher dünkelhaft als volksnah schien er vielen Beobachtern. Er war weder der Mann für die Tradition noch der für die Moderne, doch gab es den damals in der Christunion einfach nicht. Es gab ihn bei den Sozialdemokraten,[102] und er war nicht traditionell oder modern, er war in gewisser Weise beides zugleich.

Oskar Lafontaine bewies „Doppelkompetenzen", auf die es für einen Spitzenrepräsentanten der Saar ankommt, vereinigte den „Standard-Saarländer" und den „De-Luxe-Saarländer"[103] in ein und derselben Person. Er war Jesuitenschüler und Sozialdemokrat, „Landesfürst" und „Bundesenkel", Querdenker und Machtmensch, Kumpel und Staatsmann, eben Oskar und Lafontaine. Überdies galt er als heimatverbunden und weltoffen, als verantwortungsbewußt und lebenslustig, als tatkräftig und einfallsreich, als sachkundig und polemisch, als glaubwürdig und schlitzohrig, als populistisch und elitär. Ob im Bundesrat oder im Bierzelt, immer wirkte er selbstsicher und souverän, zumindest nie langweilig. Überall sorgte er für Schlagzeilen, hielt sich und die Saar im Gespräch.

Mit Lafontaine als Ministerpräsident schienen die Saarländer auf einen Schlag bekannter, klüger und selbstbewußter zu werden. Gerade seine Sprachflexibilität - dialektfähig-jovial gegenüber dem Stahlkocher und hochdeutschsicher-intellektuell gegenüber dem Bundespräsidenten - hatte einen zweifachen Schub des Selbstwertgefühls zur Folge. Einmal beförderte sein Hochdeutsch-Diskurs in Bonn, Sinnbild seines Ansehens über die engen Landesgrenzen hinaus, den ohnehin ausgeprägten Regionalstolz. Zum anderen veränderte der Dialektgebrauch[104] eines bundesweit Erfolgreichen die saarländische Bewertung der eigenen kommunikativen Kompetenz. Die positiv wahrgenommenen Seiten des Dialekts als Vertrauen und Sicherheit vermittelndes Medium regionaler und sozialer Gruppenzugehörigkeit verstärkten sich, seine negativ beurteilten Seiten

Abb. 11:
Auf dem Weg zur Kanzlerkandidatur: Jetzt kommt Oskar? (Stern, 1. Februar 1990)

als Ausdruck geringeren Sozialprestiges gegenüber Standardsprechern schwächten sich ab.
Dank unbekannter Berührungsängste gegenüber „denen da unten" wie „denen da oben", dank seines Profils als „aufgeklärter Landesfürst" dämpfte Lafontaine tief in Fremdbestimmungs- und Unterlegenheitsbildern verwurzelte Minderwertigkeitsgefühle. Seine Identifikationsofferten waren keine Zumutungen „fremder Herren", sondern willkommene Avancen eines Landeskindes. Und das neue Selbstbewußtsein wirkte ansteckend: vorbei die Zeiten, zu denen Minister des verspäteten und kleinen Bundeslandes an der Saar mit Bauchschmerzen nach Bonn fuhren, um im Bundesrat die Stimme zu erheben.
Die sozialdemokratischen Landtagswahlkämpfe seit 1980 waren voll und ganz auf den damals 36jährigen Oskar Lafontaine hin abgestimmt, besonders auf seine „Doppelkompetenzen".[105] Im Grunde konzipierte das SPD-Team 1984/85

zwei Wahlkampagnen, eine für Oskar und eine für Lafontaine.[106] Unbestreitbar waren solche Image- und Persönlichkeitsfaktoren wichtige Garanten für die sukzessiven Erfolge. Werner Zeyer gelang es weder 1980 noch 1985, das Rödersche Landesvater-Bild auf sich zu übertragen und in Wählerstimmen umzumünzen. Und Klaus Töpfer war seit 1990 als Bundesminister ohne genügend Stallgeruch und Landespräsenz schlicht überfordert, den „Genossen Trend" umzukehren. Die Saar-CDU täte gewiß gut daran, ein umtriebiges Eigengewächs, einen „jungen Wilden"[107], mittelfristig als Spitzenkandidaten aufzubauen.

Bilanz und Ausblick

Die Ausgangsfrage lautete, ob die spektakulären Veränderungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Saarland der 70er und 80er Jahre, wie sie wahlsoziologische und sozio-ökonomische Daten zum Ausdruck bringen, tatsächlich einhergingen mit einem fundamentalen Wandel regionaler politischer Kultur.
Die Antwort kann nur differenziert ausfallen: einerseits allgemeine Nivellierungstendenzen des Wählerverhaltens sowie fast gänzlich umgeschlagene Wahloptionen einer maßgeblichen Bevölkerungsgruppe, der katholischen Arbeiterschaft, andererseits fortwährende Hochburgen beider Parteien auf relativ niedrigerem Niveau sowie gleichbleibend hohe Partizipationsraten, die das politisch-kulturelle Gewicht regionaler bzw. städtisch-ländlicher Binnendifferenzierungen verdeutlichen; einerseits veränderte Mitgliederprofile und Wahrnehmungsmuster der beiden großen Saar-Parteien, andererseits beständig hohe Organisationsdichten, die auf fest verankerte parteipolitische Rollenverständnisse und Erwartungshaltungen verweisen sowie auf charakteristische Umgangsformen der Regierten gegenüber den Regierenden; einerseits aufkeimende neue Modelle zwischenparteilicher Konfliktkultur und Streitaustragung, andererseits weiterhin gesellschaftlich dominante Harmonisierungsideale, die gouvernementale Grundhaltungen sowie spärliche öffentliche Kritik- und Protestpotentiale zutage fördern; einerseits regierungsamtlich modifizierte Politikansätze und -prioritäten, nicht zuletzt zur Befestigung regionalen „Wir-Gefühls" angesichts realistischer Einschätzungen der Wirtschaftslage, andererseits konstant „bonapartistische" Anspruchsmuster an die Polit-Spitzen, in denen sich die ganze politisch-kulturelle Zwiespältigkeit des Landes manifestiert, freilich auch seine Attraktivität.

Fest steht zumindest, daß sich unterhalb der Ebene vielfach ins Auge springender Wandlungen eine Reihe regionalgeschichtlich gewachsener Strukturen und kultureller Sinnbezüge gehalten haben und weiterwirken. Fest steht daneben, daß die „Moderne an der Saar" mit pluralisierten Lebenswelten und individualisierten Lebensformen zwar lange festgefügte Einstellungen zu klassischen Wertefragen aufgebrochen hat, weniger allerdings traditionelle Selbst- und Rollenbilder von Politik. Fest steht schließlich, daß das „Neue" eher Trends bundesrepublikanisch-westeuropäischen Gesellschafts- und Lebenswandels folgt, während das „Alte" die Einwurzelung regionaler Eigenheiten im kollektiven Bewußtsein unterstreicht.

Es scheint als habe sich die Schale saarländischer politischer Kultur in viel stärkerem Maße verändert als der Kern. Sowohl vom „angebotenen" Politikstil als auch vom „nachgefragten" Politikverständnis her entspricht doch die Art und Weise, wie im Land Politik betrieben und verstanden wird, weitgehend althergebrachten Mustern, die das Saarrevier der letzten zwei Jahrhunderte hervorgebracht hat. Zugespitzt beruht diese traditionelle Revierkultur - wie wir sie an der Ruhr ganz ähnlich finden[108] - auf einer Verknüpfung erweiterter Verwandtschaftssysteme mit sachlich wie sozial bedingten Delegationsprinzipien, auf einer Verinnerlichung der „kurzen Wege" eben.

Solche politisch-kulturellen Beharrungskräfte konnten kein Hindernis für den Machtwechsel von einer christdemokratisch zu einer sozialdemokratisch dominierten Region sein. Vielmehr waren sie Voraussetzung für die Art und Weise, wie dieser sich seit Mitte der 70er Jahre gemächlich anbahnte, 1985 radikal durchsetzte und danach mittelfristig verfestigte. Gerade die Saarspezifika politischer Kultur legen nahe, daß ein abermaliger Umbruch in ganz ähnlichen Bahnen verlaufen würde, zunächst in unterschwelligen meinungsklimatischen Trendwenden, dann möglicherweise - sobald die „kurzen Wege" mehrheitlich als Parteiklüngel erfahren werden, Selbstsicherheit und Durchsetzungskraft als Arroganz der Macht - mit entsprechender Rasanz. Ob die - gewiß relativen - sozialdemokratischen Verluste bzw. die christdemokratischen Gewinne bei den Landtagswahlen 1994 bereits eine Trendwende angekündigt haben, die in absehbarer Zeit einen neuerlichen Austausch von Parteieliten im Saarbrücker „Regierungsviertel" nach sich zieht, wird die Zukunft erweisen müssen.

Wahlen, Parteien und politische Kultur (Dietmar Hüser)

1. Oskar Lafontaine in einem Interview mit: Der Spiegel n°12 (18.3.85), 27-32 (27).
2. Vgl. Johannes Barth, Landtagswahl am 10. März 1985, in: Statistische Nachrichten n°1 (1985), 15.
3. Im Bund wie in den Ländern ergaben sich bislang politische Führungswechsel aus Koalitionsauflösungen und -neubildungen, nicht aus Verschiebungen der Stimmanteile zwischen Christ- und Sozialdemokraten. Dazu Klaus G. Troitzsch, Grenzen der Stabilität des etablierten Parteiensystems: Wahlen, Wählerverhalten und politische Einstellungen, in: Heino Kaack/Reinhold Roth (Hg.), Handbuch des deutschen Parteiensystems. Struktur und Politik in der Bundesrepublik zu Beginn der achtziger Jahre, Bd.1, Opladen 1980, 225f.
4. Dem Vorsprung von 7.3 Prozentpunkten zugunsten der CDU im Jahre 1975 stand 1990 ein SPD-Plus von 21 Prozentpunkten gegenüber.
5. Vgl. Hans Horch, Editorial, in: Saarbrücker Hefte n°71/72 (September 1994), 3.
6. Vgl. Max Kaase, Sinn oder Unsinn des Konzepts „Politische Kultur" für die Vergleichende Politikforschung, oder auch: Der Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln, in: ders./Hans-Dieter Klingemann (Hg.), Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahlen 1980, Opladen 1983, 144-171.
7. Einen Überblick vermitteln Wolf Michael Iwand, Paradigma politische Kultur. Konzepte, Methoden, Ergebnisse der Political Culture-Forschung in der Bundesrepublik, Opladen 1985; Dirk Berg-Schlosser/Jakob Schissler (Hg.), Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung, Opladen 1987; Dirk Berg-Schlosser/Ralf Rytlewski (Hg.), Political Culture in Germany, London 1993.
8. Vgl. den Klassiker von Gabriel A. Almond/Sidney Verba, The Civic Culture. Political attitudes and democracy in five nations, Princeton 1963.
9. Vgl. Werner J. Patzelt, Alltagssoziologische Antworten auf offene Fragen der Erforschung politischer Kultur, in: Archives européennes de sociologie 30 (1989), 324-348 sowie Karl Rohe, Politische Kultur und ihre Analyse. Probleme und Perspektiven der politischen Kulturforschung, in: Historische Zeitschrift 250 (1990), 321-346.
10. Für die Zwischenkriegszeit an der Saar vgl. Ludwig Linsmayer, Politische Kultur im Saargebiet 1920-1932. Symbolische Politik, verhinderte Demokratisierung, nationalisiertes Kulturleben in einer abgetrennten Region, St. Ingbert 1992.

11. Vgl. Wolfgang Lipp (Hg.), Industriegesellschaft und Regionalkultur. Untersuchungen für Europa, Köln u.a. 1984; Hans-Georg Wehling u.a., Regionale politische Kultur, Stuttgart 1985; zuletzt Rolf Lindner (Hg.), Die Wiederkehr des Regionalen. Über neue Formen kultureller Identität, Frankfurt/M. u.a. 1994.

12. Vgl. Karl Rohe, Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20.Jahrhundert, Frankfurt/M. 1992, 10-14.

13. Klassisch Maurice Duverger, Politische Parteien und soziale Klassen, in: Gilbert Ziebura (Hg.), Beiträge zur allgemeinen Parteienlehre. Zur Theorie, Typologie und Vergleichung politischer Parteien, Darmstadt 1969, 413-430 sowie Seymour Martin Lipset, Parteiensysteme und Repräsentation sozialer Gruppen, in: ebd., 431-476.

14. Vgl. Rainer Maria Lepsius, Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Gerhard A. Ritter (Hg.), Deutsche Parteien vor 1918, Köln 1973, 56-80.

15. Vgl. die Ansätze bei Bernd Krewer/Mechthild Momper/Lutz H. Eckensberger, Das Saarland war zumeist Objekt der Geschichte. Zur Identität des Saarländers, in: Wehling u.a., Regionale politische Kultur, 90-115 sowie bei Kurt Bohr, Ein besonderes Land. Politische Kultur im Saarland, in: Das Saarland. Politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung, hg. v. Chef der Staatskanzlei, Saarbrücken ²1991, 141-149; daneben die Dossiers „Saarlanditis" bzw. „Politische Kultur?" der Saarbrücker Hefte n°63 (Juni 1990) bzw. n°71 72 (September 1994).

16. Am 31.12.91 lag die Bevölkerungsdichte im Saarland bei 419 Einwohnern/qkm gegenüber 519 in Nordrhein-Westfalen, der Bundesdurchschnitt inklusive der drei Stadtstaaten bei 225; vgl. Statistisches Bundesamt (Hg.), Datenreport 1994. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1994, 25.

17. Der Arbeiteranteil an der Saar sank von 53.8% im Jahre 1965 auf 50% (1970), 48.2% (1982) und 42.8% (1987), überstieg damit aber weiterhin die Quote im Bund (1969: 47.4, 1979: 42.3, 1986: 39.3%) und selbst in Nordrhein-Westfalen (1970: 48.1, 1982: 41.4, 1987: 39.9%). Zahlen aus Jürgen Plöhn/Andreas Barz, Saarland, in: Falk Esche/Jürgen Hartmann (Hg.), Handbuch der deutschen Bundesländer, Frankfurt/M. u.a. 1990, 383-415 (387); Hans Boldt/Roland Lhotta, Nordrhein-Westfalen, in: ebd., 309-344 (315); Dieter Claessens/Arno Klönne/Armin Tschoepe, Sozialkunde der Bundesrepublik Deutschland. Grundlagen, Strukturen, Trends in Wirtschaft und Gesellschaft, München 1992, 202.

18. Er betrug 1987 an der Saar 72.7%, in Bayern 67.2%, der Durchschnitt der alten Bundesländer rund 43%; Zahlen nach Statistisches Bundesamt (Hg.), Datenreport 1994, 171.

19. Vgl. detailliert Patrik von zur Mühlen, „Schlagt Hitler an der Saar!" Abstimmungskampf, Emigration und Widerstand im Saargebiet 1933-1935, Bonn 1979, 29-38.

20. Angelehnt an Jürgen W. Falter, Faktoren der Wahlentscheidung. Eine wahlsoziologische Analyse am Beispiel der saarländischen Landtagswahl 1970, Köln u.a. 1973, 71f.

21. Zu den 1994er Landtagswahlen vgl. Jürgen R. Winkler, Die saarländische Landtagswahl vom 16. Oktober 1994: Bestätigung der SPD-Mehrheit, Debakel der FDP, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 26 (1995), 249-261.

22. Zusammengestellt aus Alf Mintzel/Heinrich Oberreuter (Hg.), Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn ²1992, 539. Als Abkürzungen wurden benutzt: CVP = Christliche Volkspartei; SVP = Saarländische Volkspartei; SPS = Sozialdemokratische Partei Saar; KPS = Kommunistische Partei Saar; DDU = Deutsche Demokratische Union; DKP = Deutsche Kommunistische Partei; DPS = Deutsche Partei Saar; DRP = Deutsche Reichspartei; NPD = Nationaldemokratische Partei Deutschlands; REP = Die Republikaner.

23. Vgl. Jürgen Domes, Seine Politik prägte das Gesicht des Saarlandes, in: Saarbrücker Zeitung, 26. Juni 1980.

24. Vgl. Gemeindestatistik 1987. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit - Ergebnisse der Volks- und Berufszählung am 25. Mai 1987, hg. v. Statistischen Landesamt des Saarlandes (Hg.), Saarbrücken 1989, 16f.

25. Vgl. In diesem Sinne bereits Adolf Kimmel, Die saarländische Landtagswahl vom 4. März 1975. Erosionen im sozial-liberalen Milieu?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 6 (1975), 498-508 (501ff.).

26. Vgl. Walter Kappmeier, Sozialstruktur und Wählerverhalten im Saarland, in: ders. (Hg.), Der saarländische Wähler, Saarbrücken 1990, 17-77 (43); Adolf Kimmel, Die saarländische Landtagswahl vom 10. März 1985. Zwei Verlierer, ein Sieger oder: Der Wähler hat den Wechsel gewollt, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 16 (1985), 322-337 (336).

27. Vgl. Eberhard Sandschneider, Die saarländische Landtagswahl vom 28. Januar 1990: Ein Sieg der SPD ohne bundespolitische Signalwirkung, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 21 (1990), 418-429.

28. Vgl. die Längsschnittanalysen von Franz Urban Pappi, Sozialstruktur, gesellschaftliche Wertorientierungen und Wahlabsicht. Ergebnis eines Zeitvergleichs des deutschen Elektorats 1953 und 1976, in: Politische Vierteljahresschrift 18 (1977), 195-229 (214ff.); Hans-Joachim Veen/Peter Gluchowski, Tendenzen der Nivellierung und Polarisierung in den Wählerschaften von CDU/CSU und SPD von 1959 bis 1983 - Eine Fortschreibung, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 14 (1983), 545-555 (546 u. 550); Arend Lijphart, Religious vs. linguistic vs. class voting: The „crucial experiment" of comparing Belgium, Canada, South Africa, and Switzerland, in: American Political Science Review 73 (1979), 442-458 (452).

29. Zusammengestellt aus den Landtagswahlanalysen der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen e.V., in: Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V. n°5 (Mai 1975), n°23 (April 1980), n°40 (März 1985) und n°55 (Februar 1990).

30. Vgl. Kurt Klotzbach, SPD und Katholische Kirche nach 1945 - Belastungen, Mißverständnisse und Neuanfänge, in: Archiv für Sozialgeschichte 29 (1989),

XXXVII-XLVII (XLVf.); Karl Schmitt, Konfession und Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1989, 314, kommt auf der Basis von Umfragedaten zu Parteipräferenzen zu gleichgerichteten Trends.

31. Vgl. Karl Gabriel, Von der „vordergründigen" zur „hintergründigen" Religiosität: Zur Entwicklung von Religion und Kirche in der Geschichte der Bundesrepublik, in: Robert Hettlage (Hg.), Die Bundesrepublik. Eine historische Bilanz, München 1990, 255-279 (263).

32. Berechnet nach Forschungsgruppe Wahlen 1990, 24.

33. Vgl. klassisch Ronald Inglehart, The silent revolution. Changing values and political styles among western publics, Princeton 1977.

34. Dies die pointierte Kennzeichnung westdeutscher Befindlichkeit in der Phase zwischen Mitte der 60er und Mitte der 70er Jahre bei Helmut Klages, Wertorientierungen im Wandel, Frankfurt/M. 1985, 21.

35. In diesem Sinne Kappmeier, Sozialstruktur und Wählerverhalten, 46f.

36. Vgl. Rede von Ministerpräsident Dr. Franz Josef Röder anläßlich des 28. Landesparteitages der CDU Saar am 5. Mai 1979 in der Saarlandhalle Saarbrücken, Unkorrigiertes Manuskript, 15. Zum Kontext vgl. Ute Frevert, Frauen-Geschichte. Zwischen Bürgerlicher Verbesserung und Neuer Weiblichkeit, Frankfurt/M. 1986, 276ff.

37. Vgl. Trierer Forum n°1 (April 1988), 5-10.

38. Aus Mintzel/Oberreuter (Hg.), Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, 539; die im folgenden angeführten Vergleichszahlen anderer Bundesländer gehen auf eigene Berechnungen auf der Basis der ebd., 510-540 abgedruckten Wahlstatistiken zurück.

39. Anschaulich zum Abstimmungskampf als „Plakatkampf" Gerhard Paul/Ralph Schock, Saargeschichte im Plakat 1918-1957, Saarbrückem 1987, 165-188.

40. Zum „Saar-Referendum" vom 23. Oktober 1955 als subjektiver Rehabilitationsmöglichkeit des Abstimmungsverhaltens von 1935 vgl. Jürgen Hannig, Separatisten - Nationalisten? Zum Abstimmungskampf 1955, in: Rainer Hudemann/Raymond Poidevin (Hg.), Die Saar 1945-1955. Ein Problem der europäischen Geschichte, München 1992, 381-396 (395f.); zu Hintergründen und Erklärungsfaktoren des Ergebnisses vgl. nun Armin Heinen, Saarjahre. Politik und Wirtschaft im Saarland 1945-1955, Phil. Habil. Saarbrücken 1995, Bd.2, 533-556.

41. Zu „fremden Herren" und „Identitätszumutungen" als wesentliche Komponente saarländischer politischer Kultur vgl. z.B. Bohr, Ein besonderes Land, 142-145. Kritische Einwände gegenüber einer potentiellen Überbewertung von Fremdbestimmungsaspekten in der jüngeren Saar-Geschichte bei Hans Horch, Saarländische Legenden. Anmerkungen zur regionalistischen Geschichtsschreibung, in: Saarbrücker Hefte n°63 (Juni 1990), 33-38. Zur weitgehenden Übereinstimmung von Fremd- und Selbstwahrnehmung an der Saar vgl. Bernd Krewer, Kulturelle Identität im Saarland: Hochkonjunktur der Identitätsarbeit, in: ebd., 23-29 (28).

42. Vgl. Forschungsgruppe Wahlen 1975, 23 u. 29. Dazu Walter Kappmeier, Konfession und Wahlverhalten untersucht am Beispiel der Bundestagswahl 1976 und der Landtagswahl 1975 im Saarland, Frankfurt/M. u.a. 1984, 57.

43. Vgl. Forschungsgruppe Wahlen 1990, B2-B13. Die niedrigsten Prozentsätze waren - kaum verwunderlich - in Neunkirchen (76.9%), Saarbrücken (78.5%), Homburg (78.5%), Saarlouis (78.8%) und Völklingen (79.4%) zu verzeichnen.

44. Vgl. Wolfgang Rudzio, Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, 3.Auflage, Opladen 1991, 182ff.

45. Dies würde die Einschätzung stützen, daß es an der Saar nicht eine politische Kultur gibt, sondern zumindest zwei, wenn nicht mehrere. Vielleicht besteht das Geheimnis der saarländischen Identität tatsächlich darin, daß es so viele davon gibt und sich jeder eine aussuchen kann, ohne zum Einzelgänger zu werden; in diesem Sinne Wilfried Loth, in: Saarbrücker Hefte n°63 (Juni 1990), 22.

46. Dazu ausführlich Peter Bierbrauer, Der industrialisierte Bauer. Von den historischen Wurzeln saarländischen Selbstgefühls, in: Saarbrücker Hefte n°63 (Juni 1990), 12-19 (15-18).

47. Vgl. Kappmeier, Sozialstruktur und Wählerverhalten, 29f.

48. Die folgenden Angaben stammen aus Gerhard Bauer, Vom Zentrum zur CDU. Hundert Jahre christliche Politik an der Saar, Saarbrücken 1981, 104-109; CDU-Saar, Bericht der Landesgeschäftsstelle. 39. Landesparteitag, 16. Mai 1987, 54f.; Peter Haungs, Die CDU: Prototyp einer Volkspartei, in: Mintzel/Oberreuter (Hg.), Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, 172-216 (191-194); René Wagner, Mit Töpfer und Jacoby aus dem Tief, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7. September 1992.

49. Vgl. SPD-Saar, Jahresbericht 84-85. 16. ordentlicher Landesparteitag, 22./23. März 1986, Teil II, 9; SPD-Saar, Jahresbericht 86-87. 17. ordentlicher Landesparteitag, 23./24. April 1988, 31.

50. Damals betrug der Arbeiter-/Facharbeiteranteil 35.1%, der von Angestellten und Beamten 30.8%; vgl. SPD-Saar, Jahresbericht 79-81, 14. ordentlicher Landesparteitag, 7./8. November 1981, 57.

51. Zum Vereinswesen vgl. Gerhard Bungert/Charly Lehnert, Vereine im Saarland, Saarbrücken 1988, 22-29.

52. Für die CDU zusammengestellt aus CDU-Saar, Bericht der Landesgeschäftsstelle. 36. Landesparteitag, 1. Juni 1985, 25 und Haungs, Die CDU, 193. Für die SPD vgl. SPD-Saar, Jahresbericht 1991-1993. 19. ordentlicher Landesparteitag, 10./11. Juli 1993, 8.

53. Vgl. SPD-Saar, Jahresbericht 76/77, 44; SPD-Saar, Jahresbericht 84-85 bzw. 86-87, Teil II, 23 bzw. 33.

54. Eine treffende Unterscheidung von öffentlicher und privater Identität findet sich bei Klaus-Michael Mallmann/Gerhard Paul/Ralph Schock, Die saarländische Sphinx.

Lesearten einer Regionalgeschichte in: dies./Rainer Klimmt (Hg.), Richtig daheim waren wir nie. Entdeckungsreisen ins Saarrevier 1815-1955, 2.Auflage, Berlin 1988, 264-273 (271).

55. Vgl. Rainer Krause, Das Saarland auf der Couch, in: Saarbrücker Hefte n°63 (Juni 1990), 8-11 (9).

56. Zur These vom erweiterten Verwandtschaftssystem vgl. für das Ruhrrevier Rolf Lindner, Der Ethos der Region, in: ders. (Hg.), Die Wiederkehr des Regionalen, 201-231 (218).

57. Vgl. allgemein Wilhelm Hennis, Überdehnt und abgekoppelt. An den Grenzen des Parteienstaats, in: Christian Graf von Krockow (Hg.), Brauchen wir ein neues Parteiensystem?, Frankfurt/M. 1983, 28-46 oder die Kölner Feldstudie von Erwin K. Scheuch/Ute Scheuch, Cliquen, Klüngel und Karrieren. Über den Verfall der politischen Parteien - eine Studie, Reinbek 1992.

58. In diesem Sinne der ehemalige CDU-Fraktionsvorsitzende und Finanzminister Konrad Schön, Gespräch mit dem Verfasser, 29. September 1995.

59. Dies die Einschätzung von Ludwig Harig, zit. nach Matthias Bischoff, Und dann und wann ein weißer Dampfer, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. November 1994.

60. Vgl. Forschungsgruppe Wahlen 1990, 1.

61. Vgl. z.B. Jo Leinen, der als designierter Umweltminister erklärte: „Ich könnte hier tausend Stellen verteilen. ... Da kommen aus allen Landesteilen die Leute, die immer schon Umweltschutz gemacht haben und immer schon mit mir arbeiten wollten." Zit. nach Klaus Brill, Eine Wende auf engstem Raum, in: Süddeutsche Zeitung, 29. März 1985.

62. Vgl. Bauer, Vom Zentrum zur CDU, 133f.

63. Bis in unsere Tage lassen sich - bei den Christ- stärker als bei den Sozialdemokraten, die mit dem Wiedereintritt Richard Kirns 1975 endgültig einen Schlußstrich zu ziehen versuchten - die Nachwehen spüren.

64. Für 1980 vgl. Elisabeth Sossong, Endlauf im Wahlkampf, in: z.B.: Saar n°4 (April 1980), 6ff.

65. Vgl. Martin Greiffenhagen/Sylvia Greiffenhagen, Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur Deutschlands, München ^{2}1981, 122.

66 Vgl. - auf die politische Kultur der frühen Bundesrepublik bezogen - Ralf Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München ^{2}1977, 151.

67. Vgl. z.B. Wilfried Loth, „Ein vertracktes Gelände". Das Bundesland Saarland 1955-1989, in: Das Saarland, 111-140 (125ff. u. 129f.). Aufschlußreich der Zeitzeugenbeitrag des zeitweise designierten Kronprinzen Manfred Schäfer, in: Erich Voltmer, Franz Josef Röder. Ein Leben für die Saar, Dillingen 1979, 225-234.

68. In diesem Sinne Konrad Schön, Gespräch mit dem Verfasser, 29. September 1995. Zur CDU im westlichen Ruhrgebiet der 60er als augenfälliger Parallele zur CDU-Saar der 70er Jahre vgl. Dorothee Buchhaas/Herbert Kühr, Von der Volkskirche zur Volkspartei. Ein analytisches Stenogramm zum Wandel der CDU im rheinischen Ruhrgebiet, in: Herbert Kühr (Hg.), Vom Milieu zur Volkspartei. Funktionen und Wandlungen der Parteien im kommunalen und regionalen Bereich, Königstein 1979, 135-219 (149ff. u. 165f.).

69. Dazu das Lafontaine-Porträt von Hans-Georg Klein, Der Kleine mit den großen Aussichten, in: z.B.: Saar n°11 (November 1979), 6-9.

70. Vgl. Ludwig Harig, Die saarländische Freude, München 1979, 23.

71. Vgl. die bei Bauer, Vom Zentrum zur CDU, 134 zitierten Umfrageergebnisse.

72. Vgl. allgemein Christian Graf von Krockow, Die Parteien und die politische Kultur des Konflikts, in: ders./Peter Lösche (Hg.), Parteien in der Krise. Das Parteiensystem der Bundesrepublik und der Aufstand des Bürgerwillens, München 1986, 49-58; Heinrich Oberreuter, Defizite der Streitkultur in der Parteiendemokratie, in: Ulrich Sarcinelli (Hg.), Demokratische Streitkultur. Theoretische Grundpositionen und Handlungsalternativen in Politikfeldern, Bonn 1990, 77-100.

73. Vgl. das Dossier „Die Luxus-Politiker - Selbstbedienung im Staate Lafontaine, in: Der Spiegel n°20 (11.5.92), 26-33.

74. Als symptomatisch kann gelten, daß 82% aller Wähler bei den Landtagswahlen 1980 landespolitische Aspekte für die Wahlentscheidung höher gewichteten als bundespolitische, während dies in Niedersachsen nur 54%, in Schleswig-Holstein 55%, in Baden-Württemberg 60% und in Bremen - allerdings bei gleichzeitig stattfindender Kommunalwahl - 73% taten. Vgl. Forschungsgruppe Wahlen 1980, 33f.

75. Auf das Ruhrgebiet bezogenes Begriffspaar bei Ursula Eymold, Gegenwart, in: Feuer & Flamme. 200 Jahre Ruhrgebiet, Eine Ausstellung im Gasometer Oberhausen, Essen 1994, 294-303 (295f.).

76. Vgl. zum fast einjährigen Streik britischer Bergarbeiter und deren Gewaltbereitschaft Karlheinz Dürr, Der Bergarbeiterstreik in Großbritannien 1984/85, in: Politische Vierteljahresschrift 26 (1985), 400-422 (410ff.).

77. Vgl. Kurt Hartz, Die Zukunft mit Hüttenfeuer. Montanregion Saar 1975-1990 - Eine Dokumentation, Völklingen 1990, 77.

78. Vgl. Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M. 1986. Der Begriff findet sich als Kapitelüberschrift wiederaufgenommen bei Oskar Lafontaine, Die Gesellschaft der Zukunft. Reformpolitik in einer veränderten Welt, Hamburg 1988, 101.

79. Zur Gründung des gemeinnützigen Vereins „pro Ruhrgebiet" am 27. Februar 1981 in Castrop-Rauxel vgl. die 18seitige Beilage der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung, 26. Februar 1991.

80. Vgl. Sabine Behrenbeck, Wandel, in: Feuer & Flamme, 266-278 (267f.). Zu Aspekten der Ruhr-Umstrukturierung in längerfristiger Perspektive vgl. Franz-Josef Brügge-

meier/Ulrich Borsdorf, Zweihundert Jahre Ruhrgebiet, in: ebd., 17-29 sowie Wolfgang Köllmann, Industrieregion Ruhrgebiet. Aufstieg, Strukturwandel und neuer Aufbruch, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 78 (1991), 303-325.

81. Vgl. Eckart Pankoke, Arbeit und Kultur: Moralökonomie, Wohlfahrtskultur und Gesellschaftspolitik in Deutschland 1945-1990, in: Hettlage, Die Bundesrepublik, 88-110 (88f. u. 103ff.).

82. Vgl. das bereits einleitend zit. Lafontaine-Interview, in: Der Spiegel n°12 (18.3.85), 27-32 (29).

83. Zur Bedeutung der Wirtschaft in der politischen Kultur der Bundesrepublik vgl. Martin Greiffenhagen, Von Potsdam nach Bonn. Zehn Kapitel zur politischen Kultur Deutschlands, München u.a. 1986, 200f.

84. In diesem Sinne auch Heinen, Saarjahre, Bd.1, 197f. u. Bd.2, 582-585.

85. Vgl. Forschungsgruppe Wahlen 1985, 28ff. Ein erster grundlegender Meinungsumschwung, was die öffentliche Beurteilung der aktuellen und zukünftigen Wirtschaftslage an der Saar anging, vollzog sich Anfang der 80er Jahre; vgl. Einstellungen und Verhaltensweisen der Wähler im Saarland. Repräsentativ-Untersuchung, 2.Welle - Kommentarband, hg. v. d. Marplan Forschungsgesellschaft mbH, Offenbach 1982, 68ff.

86. Vgl. allgemein Hermann Rudolph, Mehr als Stagnation und Revolte. Zur politischen Kultur der sechziger Jahre, in: Martin Broszat (Hg.), Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte, München 1990, 141-151 (151).

87. In diesem Sinne Krause, Das Saarland auf der Couch, 11.

88. Vgl. Stefan Hradil, Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft. Von Klassen und Schichten zu Lagen und Milieus, Opladen 1987; Michael Th. Greven, Parteimitglieder. Ein empirischer Essay über das Alltagsbewußtsein in Parteien, Opladen 1987; Inge Faltin, Norm - Milieu - Politische Kultur. Normative Vernetzungen in Gesellschaft und Politik der Bundesrepublik, Wiesbaden 1990; Berthold Bodo Flaig/Thomas Meyer/Jörg Ueltzhöffer, Alltagsästhetik und politische Kultur. Zur ästhetischen Dimension politischer Bildung und politischer Kommunikation, Berlin 1993.

89. Vgl. allgemein Jürgen Habermas, Die neue Intimität zwischen Kultur und Politik, in: Jörn Rüsen/Eberhard Lämmert/Peter Glotz (Hg.), Die Zukunft der Aufklärung, Frankfurt/M. 1988, 105-114.

90. Vgl. Diether Breitenbach, Minister für Bildung, Kultur und Wissenschaft, in seinem Vorwort der hauseigenen Hochglanzbroschüre „Akzente der saarländischen Kultur", Saarbrücken 1995, 4. Genannt werden u.a. der Schichtwechsel in der Völklinger Hütte, die St. Ingberter Kleinkunst-Pfanne, die Mettlacher und Saarbrücker Kammermusiktage, die Musikfestspiele Saar, das Saar-Lor-Lux Film- und Videofestival, der Europäische Kulturpark Reinheim-Bliesbrück, die Landeskunstausstellungen im Saarland-Museum, die neue Kunsthochschule und das Saarländische Künstlerhaus in der Landeshauptstadt. Zu erwähnen gilt es ferner die für das kollektive Gedächtnis an der Saar ungemein wichtigen Ausstellungen im Saarbrücker Regionalgeschichtlichen Museum, dem heutigen Historischen Museum Saar.

91. Vgl. Saarlandstudie '95, www.sz-sb.de / gifs / studie 3, Recherche 1.10.95.

92. Vgl. z.B. die Einschätzung des Stern n°6 (1.2.90), der im Rahmen seiner Titelstory „Jetzt kommt Oskar" den sozialverträglich-konfliktvermeidenden Arbeitsplatzabbau an der Saar „als sein Meisterstück in Sachen Integration" hervorhebt.

93. Vgl. z.B. Reinhard Klimmt, Das Saarland im wirtschaftlichen Wandel, in: Hartz, Die Zukunft mit Hüttenfeuer, 119-122; Wolfgang Brücher, Struktur- und Standortveränderungen der saarländischen Eisen- und Stahlindustrie unter dem Druck der Krise, in: Dietrich Soyez u.a (Hg.), Das Saarland, Bd.1: Beharrung und Wandel in einem peripheren Grenzraum, Saarbrücken 1989, 227-241; Volker Giersch, Saarwirtschaft im Wandel: Vom Montanstandort zu einer modernen Industrieregion, in: ebd., 257-268.

94. Mit einer Arbeitslosenquote von 11.2% im Jahresdurchschnitt 1993 lag die Saar deutlich oberhalb aller anderen alten Flächenländer; vgl. Statistisches Bundesamt (Hg.), Datenreport 1994, 93f. Daneben Bericht an die Regierung des Saarlandes 1995. Zur wirtschaftlichen, ökologischen, sozialen und kulturellen Lage der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, hg. v. d. Arbeitskammer des Saarlandes, 141-147 u. 168-175.

95. Vgl. Johann Michael Möller, Das Wunder an der Ruhr. Die Internationale Bauausstellung Emscher-Park als Werkstatt für die Zukunft alter Industrieregionen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. Juni 1990.

96. Vgl. dazu allgemein Wener Kaltefleiter/Peter Nißen, Empirische Wahlforschung. Eine Einführung in Theorie und Technik, Paderborn 1980, 104-111.

97. Vgl. Forschungsgruppe Wahlen 1990, 41ff.

98. Dazu allgemein Bodo Zeuner, Innerparteiliche Demokratie, Berlin 1969, 101ff.; Werner Kaltefleiter, Personalisierung, in: Martin Greiffenhagen/Sylvia Greiffenhagen/Rainer Prätorius (Hg.), Handbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1981, 296-299.

99. Sinngemäß Horch, Saarländische Legenden, 38.

100. Zum bonapartistischen Konzept autoritärer Demokratie vgl. klassisch René Rémond, Les droites en France, Paris 1982, 106ff. u. 326f.

101. Vgl. Otto Klinkhammer, Röder, die Politik und das Saarland. Der Versuch einer Würdigung, in: Kappmeier (Hg.), Der saarländische Wähler, 89-101 (90).

102. Zu den Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 1985 vgl. Eckhart Kauntz, Wer rettet die Saar? Zwei unverwechselbare Gegner im Landtagswahlkampf - Zeyer und Lafontaine, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2. März 1985.

103. Pragmatische Unterscheidung und inhaltliche Auffüllung bei Dietmar Schmitz, Saarländer, in: Saarbrücker Hefte n°63 (Juni 1990), 5ff.

104. Zur Bedeutung des Dialekts an der Saar vgl. Krewer/Momper/Eckensberger, Das Saarland war zumeist Objekt der Geschichte, 110-113.

105. Zur SPD-Wahlwerbung 1980 und 1985 samt der Großflächenplakate vgl. SPD-Saar, Jahresbericht 79-81 bzw. 84-85, 31-39 bzw. Teil I, 17-38.

106. Vgl. Gerhard Bungert, Warum Oskar Lafontaine die Landtagswahl 1985 gewann, in: Kappmeier (Hg.), Der saarländische Wähler, 9-15 (13f.).

107. Als solcher wird der inzwischen zum CDU-Fraktions- und Landesvorsitzenden aufgestiegene Peter Müller, Jahrgang 1955, gehandelt: vgl. Matthias Geis, Die jungen Wilden von der Christunion, in: Die Zeit n°40 (29.9.95).

108. Vgl. Lindner, Der Ethos der Region, 219.

Inhalt

Einleitung 7

I. Politische Kultur und kollektives Gedächtnis 13

Die Inszenierung der Erinnerungskultur im Saarland nach dem Zweiten Weltkrieg
(Armin Flender) 14

Wahlen, Parteien und politische Kultur im Saarland der 70er und 80er Jahre - Aspekte eines Umbruchs mit Konstanten
(Dietmar Hüser) 40

II. „Werktag". Männer- und Frauenräume 67

„...am Hochofen schafft man nicht als Job." Arbeitserfahrungen von Völklinger Hüttenarbeitern
(Harald Glaser) 68

„Das bißchen Haushalt, sagt mein Mann..." Hausarbeit, Haushaltstechnisierung und Geschlechterrollen 1945-1995
(Bärbel Kuhn) 106

„So ganz und gar nur Haus, Mann und Kinder, das war noch nie meine Welt..." Frauenleben im Spannungsfeld zwischen Beruf und Familie
(Susanne Nimmesgern) 133

„Gebb Gas, Theo !"
Autoalltag - Autobiographien - Autoerfahrungen
(Paul Thomes) 166

III. Lebensorientierungen 209

„Der schönste Tag ihres jungen Lebens". Erstkommunion oder eine saarländische Synchronisierung der Zeiten
(Judith Hüser) 210

Bildung als gesellschaftliches und persönliches Ereignis: Erwachsenenbildung im Saarland seit der Nachkriegszeit
(Edwin Dillmann) 244

IV. Gelegenheiten des Sozialen: Freizeit, Festzeit 263

„Lokal-Studien". Ein Dorf und seine Gasthäuser
(Antje Fuchs) 264

Narrenschau. Prinz Karneval als Zeitzeuge
(Armin Heinen) 298

Von der Heimat zur Altstadt:
Wandlungsprozesse saarländischer Festkultur
(Michael Jung) 329

„Land und Leute". Regionalbewußtsein und
Sozialkultur an der Saar
(Edwin Dillmann) 362

Anmerkungen 409

Auswahlbibliographie 484

Bildnachweis 496

Die Autoren/Autorinnen und Herausgeber 498

Lebenserfahrungen an der Saar

Studien zur Alltagskultur
1945-1995

Herausgegeben
von Edwin Dillmann und
Richard van Dülmen

Röhrig Universitätsverlag
St. Ingbert